



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

BRATISLAVA

2019

**Sechszwanzigstes
Treffen des Ministerrats
5. und 6. Dezember 2019**

Erklärungen des Ministerrats

Beschlüsse des Ministerrats

Erklärungen des Vorsitzenden und der Delegationen

Berichte an den Ministerrat

Bratislava 2019

6 December 2019

GERMAN
Original: ENGLISH

Hinweis: Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

MC26GW52

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS	
Gedenkklärung zum fünfundzwanzigsten Jahrestag des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.....	3
Gedenkklärung zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und zum fünfzehnten Jahrestag der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.....	4
Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format	7
II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS	
Beschluss Nr. 1/19 über den OSZE-Vorsitz in den Jahren 2021 und 2022.....	11
Beschluss Nr. 2/19 über die Umbenennung der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien und der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum	12
Beschluss Nr. 3/19 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE	13
III. ERKLÄRUNGEN DES VORSITZENDEN UND DER DELEGATIONEN	
Erklärung der Delegation der Slowakei (auch im Namen von Albanien, Andorra, Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, der Mongolei, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Serbien, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	17
Erklärung der Delegation von Belarus.....	20
Erklärung der Delegation Norwegens (auch im Namen von Bulgarien, Estland, Finnland, Irland, Kanada, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika).....	22
Erklärung der Delegation Finnlands (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika).....	26
Erklärung der Delegation Bulgariens (auch im Namen von Albanien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro,	

den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	28
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	31
Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	34
Erklärung der Delegation der Ukraine	36
Erklärung der Delegation Dänemarks (auch im Namen von Albanien, Andorra, Armenien, Aserbajdschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	37
Erklärung des Vertreters der Europäischen Union	39
Erklärung des Vertreters der Europäischen Union	40
Erklärung der Delegation Sloweniens (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Irland, Italien, Kasachstan, Malta, Monaco, der Mongolei, Österreich, Portugal, San Marino, der Schweiz, der Slowakei, Spanien, Ungarn und Zypern)	42
IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT	
Bericht des Generalsekretärs an das sechsundzwanzigste Treffen des Ministerrats ...	47
Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakei, den Vorsitzenden des sechsundzwanzigsten Treffens des Ministerrats der OSZE	52
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien an das sechsundzwanzigste Treffen des Ministerrats	55
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum an das sechsundzwanzigste Treffen des Ministerrats	61

I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS

**GEDENKERKLÄRUNG
ZUM FÜNFUNDZWANZIGSTEN JAHRESTAG DES
OSZE-VERHALTENSKODEX ZU POLITISCH-MILITÄRISCHEN
ASPEKTEN DER SICHERHEIT**

(MC.DOC/1/19 vom 6. Dezember 2019)

Anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit möchten wir, die Minister für auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Wert des Verhaltenskodex als ein einzigartiges, normsetzendes Dokument unterstreichen.

Wir bekräftigen die ungebrochene Gültigkeit der Leitprinzipien und gemeinsamen Werte, die in der Schlussakte von Helsinki, in der Charta von Paris für ein neues Europa und im Helsinki-Dokument 1992 verankert sind, welche die Verantwortung der Teilnehmerstaaten untereinander sowie ihrer Regierungen gegenüber ihren Völkern zum Ausdruck bringen, und in gleicher Weise die Gültigkeit anderer OSZE-Verpflichtungen.

Wir bekennen uns weiterhin zur vollständigen, getreulichen und wirksamen Umsetzung des Verhaltenskodex.

Vor diesem Hintergrund werden wir den Kodex weiterhin fördern, unter anderem durch die Erörterung und den diesbezüglichen Informationsaustausch im Forum für Sicherheitskooperation, die Veranstaltung jährlicher Treffen über seine Umsetzung und regionaler Seminare sowie durch Bemühungen zur Bewusstseinsbildung.

Wir bekräftigen erneut, dass das Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrung von Frauen und Männern für die Bemühungen zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der OSZE Region – auch zur Umsetzung des Verhaltenskodex – unverzichtbar sind, und verpflichten uns, deren Chancengleichheit sowie uneingeschränkte und bedeutsame Teilhabe an diesem Prozess sicherzustellen und zu fördern.

Wir begrüßen die Fortsetzung der Bemühungen, den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien den Verhaltenskodex nahezubringen, damit diese daraus Nutzen ziehen können.

**GEDENKERKLÄRUNG
ZUM FÜNFUNDZWANZIGSTEN JAHRESTAG DER OSZE-
PRINZIPIEN ZUR REGELUNG DER NICHTVERBREITUNG UND
ZUM FÜNFZEHNSTEN JAHRESTAG DER RESOLUTION 1540
DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN**

(MC.DOC/2/19 vom 6. Dezember 2019)

Wir, die Außenminister der Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind uns der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ihren Trägersystemen und verwandtem Material bewusst.

Wir erinnern an die Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ihre Folgeresolutionen, insbesondere die Resolutionen 1977 (2011) und 2325 (2016), mit denen alle Staaten aufgefordert wurden, wirksame Maßnahmen zu treffen, um innerstaatliche Kontrollen zur Verhütung der Verbreitung von nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen und ihren Trägersystemen einzurichten, in der Erkenntnis, dass es einer stärkeren Koordinierung der Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene bedarf, damit dieser ernststen Herausforderung und Gefahr für die internationale Sicherheit weltweit wirksamer entgegengetreten werden kann.

Wir bekräftigen die OSZE-Verpflichtungen zur Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, wie sie insbesondere in den 1994 verabschiedeten und 2013 aktualisierten OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und in der 2009 verabschiedeten OSZE-Ministererklärung zur Nichtverbreitung sowie im Beschluss Nr. 4/15 des Forums für Sicherheitskooperation über die Rolle der OSZE zur Unterstützung der Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrats enthalten sind.

Wir erinnern daran, dass die Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen aus den Verträgen und Übereinkünften über Abrüstung und Nichtverbreitung, die sie unterzeichnet haben, in vollem Umfang nachkommen sollten.

Anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung, die 2013 vom FSK aktualisiert wurden, anerkennen wir die anhaltende Bedeutung und den ungeminderten Wert dieses Dokuments, das unter anderem von den gemeinschaftlichen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten zeugt, sich mit den Risiken und Herausforderungen im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen, ihren Trägersystemen und verwandten Technologien auseinanderzusetzen sowie das internationale Nichtverbreitungsregime zu stärken, und den Beitrag der OSZE als regionaler Organisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zu diesen Bemühungen hervorhebt.

Anlässlich des fünfzehnjährigen Bestehens der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen würdigen wir die im OSZE-Raum auf nationaler und regionaler Ebene bereits erzielten Umsetzungsfortschritte. Zugleich bleibt viel zu tun, und es bedarf dazu fortgesetzter und abgestimmter Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. Diesbezüglich begrüßen wir die Rolle der OSZE bei der Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 und der entsprechenden Folgeresolutionen durch die Teilnehmerstaaten in

enger Abstimmung mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 und in Ergänzung zu dessen Bemühungen.

Wir bekräftigen die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten und der OSZE als regionaler Organisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, sich aktiv an der für 2020 – 2021 vorgesehenen umfassenden Überprüfung des Standes der Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu beteiligen, auch im Hinblick auf eine Präzisierung der Rolle der OSZE bei der Förderung der künftigen Umsetzung dieser Resolution.

Wir bekräftigen das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zur fortgesetzten entschlossenen und wirkungsvollen Befassung mit den Risiken und Herausforderungen betreffend die Verbreitung, um durch die vollständige Umsetzung der Resolution 1540 und Einhaltung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung Frieden, Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum zu gewährleisten.

Anlage 1 zu MC.DOC/2/19

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Delegation der Russischen Föderation dem Konsens zum heute verabschiedeten Dokument des Ministerrats der OSZE ‚Gedenkklärung zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und zum fünfzehnten Jahrestag der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen‘ angeschlossen hat, hält sie es für notwendig, die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abzugeben:

Zum vierten Absatz besagter Erklärung (‚Wir erinnern daran, dass die Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen aus den Verträgen und Übereinkünften über Abrüstung und Nichtverbreitung, die sie unterzeichnet haben, in vollem Umfang nachkommen sollten.‘) hält die Russische Föderation fest, dass sie die Geltung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) im Einklang mit dem Völkerrecht ausgesetzt hat und dass daher der vorgenannte Absatz nicht mehr für die Umsetzung des KSE-Vertrags durch die Russische Föderation gilt.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem verabschiedeten Dokument beizufügen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Ukraine (auch im Namen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika):

„Herr Vorsitzender,

die Ukraine gibt (auch im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland) folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE ab.

Bezugnehmend auf Absatz 4 der Gedenkerklärung zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und zum fünfzehnjährigen Bestehen der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen möchten wir auch an die Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erinnern, das von den Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland am 5. Dezember 1994 auf der OSZE-Konferenz in Budapest unterzeichnet wurde.

Ich ersuche darum, diese Erklärung als Anhang zur Gedenkerklärung beifügen sowie in das Journal des Tages aufnehmen zu lassen.

Ich danke Ihnen.“

**MINISTERERKLÄRUNG
ZU DEN VERHANDLUNGEN ÜBER DEN PROZESS ZUR
BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE IM „5+2“-FORMAT**
(MC.DOC/3/19 vom 6. Dezember 2019)

Die Außenminister der Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:

1. erinnern an die bisherigen Ministererklärungen zur Arbeit der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format;
2. erklären erneut ihre feste Entschlossenheit, zu einer umfassenden, friedlichen und dauerhaften Beilegung des Transnistrien-Konflikts auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen mit einem Sonderstatus für Transnistrien zu gelangen, der die Menschenrechte sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte seiner Bevölkerung uneingeschränkt garantiert;
3. unterstreichen die Notwendigkeit, den ergebnisorientierten Beilegungsprozess, der durch die Ministererklärungen von Hamburg, Wien und Mailand bekräftigt wurde, fortzusetzen. Diesbezüglich fordern wir die Konfliktseiten auf, sich unter dem albanischen OSZE-Vorsitz weiterhin entsprechend in den Verhandlungsprozess einzubringen;
4. würdigen die weitere Konsolidierung der seit dem Wiener Ministerratstreffen erzielten Ergebnisse zu vorrangigen Fragen durch die Konfliktseiten und ihre Zusage, die vollständige Umsetzung aller Vereinbarungen zu erreichen, die in den Protokollen der „5+2“-Gesprächsrunden in Rom 2018, Wien 2017 und Berlin 2016 festgehalten wurden und somit zur Schaffung einer tragfähigen Grundlage für ein weiteres Vorankommen im Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage beizutragen;
5. begrüßen die in diesem Jahr von den Konfliktseiten unternommenen Schritte zur Erleichterung des ungehinderten Reisens von offiziellen Vertretern;
6. legen den Konfliktseiten nahe, gemeinsame Vorschläge für weitere vertrauensbildende Maßnahmen zu erarbeiten;
7. fordern die Konfliktseiten auf, die Arbeit auf allen Ebenen des Verhandlungsprozesses in einem Rhythmus fortzusetzen, um zu allen drei Körben der für den Verhandlungsprozess vereinbarten Agenda – sozioökonomische Fragen, allgemeine rechtliche und humanitäre Fragen und Menschenrechte – greifbare Fortschritte zu erzielen und zu einer umfassenden Lösung, die institutionelle, politische und sicherheitspolitische Fragen einschließt, zu gelangen;
8. unterstreichen die Bedeutung der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format als alleiniger Mechanismus zur Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Lösung und bekräftigen die wichtige Rolle der OSZE bei der Unterstützung dieses Prozesses;

9. loben das Engagement, die Führungsstärke und den politischen Willen der Konfliktseiten, die zur Lösung einer Reihe von seit Langem bestehenden Fragen geführt haben, sowie den einheitlichen und aktiven Ansatz, den die Mediatoren und Beobachter bei der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format im Laufe ihrer Aktivitäten 2019 verfolgt haben, darunter ein weiteres Treffen der Bayern-Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen;

10. bestärken die Mediatoren und Beobachter der OSZE, der Russischen Föderation, der Ukraine, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika darin, ihre Bemühungen weiterhin abzustimmen und ihr kollektives Potenzial zur Förderung von Fortschritten auf dem Weg zu einer umfassenden Lösung des Transnistrien-Konflikts vollständig auszuschöpfen.

II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/19
OSZE-VORSITZ IN DEN JAHREN 2021 UND 2022
(MC.DEC/1/19 vom 5. Dezember 2019)

Der Ministerrat

beschließt, dass Schweden im Jahr 2021 den Vorsitz in der OSZE führen wird;

beschließt, dass Polen im Jahr 2022 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

BESCHLUSS Nr. 2/19
UMBENENNUNG DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN UND DER KONTAKTGRUPPE
FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

(MC.DEC/2/19 vom 6. Dezember 2019)

Der Ministerrat

beschließt, die Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien und die Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum in „Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien“ beziehungsweise „Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum“ umzubenennen.

BESCHLUSS Nr. 3/19
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN
TREFFENS DES MINISTERRATS DER OSZE
(MC.DEC/3/19 vom 6. Dezember 2019)

Der Ministerrat

beschließt, das siebenundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE am 3. und 4. Dezember 2020 in Tirana abzuhalten.

III. ERKLÄRUNGEN DES VORSITZENDEN UND DER DELEGATIONEN

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SLOWAKEI
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, ARMENIEN,
BELGIEN, BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,
KANADA, KASACHSTAN, KROATIEN, LETTLAND,
LIECHTENSTEIN, LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU,
DER MONGOLEI, MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN,
NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN,
PORTUGAL, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,
UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH,
DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 10 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Diese Erklärung erfolgt im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten: Albanien, Andorra, Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigte Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern und der Slowakei.

Wir anerkennen, dass Governance und Reform des Sicherheitssektors (SSGR) ein entscheidender Teil des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE sind, auf bestehenden Prinzipien und Verpflichtungen beruhen und eng mit der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umwelt- und der menschlichen Dimension verknüpft sind. Wir teilen die Ansicht, dass die Governance des Sicherheitssektors im Zusammenhang mit den Prinzipien der guten Regierungsführung und deren Anwendung auf Sicherheitsvorsorge und -management und die Aufsicht darüber steht. Governance des Sicherheitssektors bedeutet, dass der Sicherheitssektor den selben Standards für gute Regierungsführung unterliegt wie jeder andere Teil des öffentlichen Sektors auch und dass der Sicherheitssektor auf verantwortungsvolle und wirksame Weise für die Sicherheit eines Staats und seiner Bevölkerung sorgt, eingebettet in einen Rahmen der demokratischen zivilen Kontrolle, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Die SSGR fördert den notwendigen ganzheitlichen Reformansatz, der das Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Akteuren und Komponenten im Sicherheitssektor berücksichtigt und wesentlich zur Überwindung struktureller Barrieren zwischen den Institutionen und Dimensionen der OSZE beiträgt. Angesichts der komplexen und interdependenten Herausforderungen in unserer Welt von heute (wie Korruption, gewalttätiger Extremismus, der zu Terrorismus führt, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Menschenhandel) müssen die nationalen Sicherheitssektoren mit einem dynamischen und veränderlichen Umfeld Schritt halten. Ein inklusiver und rechenschaftspflichtiger Sicherheitssektor, der der demokratischen Kontrolle unterliegt und in dem Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit volle Achtung genießen, kann das Vertrauen zwischen Gesellschaft und Staat sowie die Stabilität in der gesamten OSZE-Region fördern.

Wie es in der Resolution 2151 (2014) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Reform des Sicherheitssektors, aber auch in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommt, spielt die SSGR als Beitrag zu Konfliktverhütung, Frieden und Sicherheit eine wichtige Rolle. Als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen kann die OSZE einen wesentlichen Beitrag zu diesen Initiativen leisten. Unserer Überzeugung nach sollten wir – in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen – weiter auf den besonderen Stärken der OSZE aufbauen, die in ihrem umfassenden und regionalen Sicherheitsansatz liegen.

Wir anerkennen die umfangreiche Erfolgsbilanz der OSZE bei der Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Stärkung der Governance ihrer Sicherheitssektoren und der Durchführung von Reformen im Einklang mit den Verpflichtungen der Organisation. Wir begrüßen die Fortschritte der letzten Jahre auf dem Weg zu einer einheitlicheren und besser abgestimmten Herangehensweise der OSZE. Zugleich sind wir der Überzeugung, dass mehr erreicht werden könnte, wenn wir das Potenzial des uns zu Gebote stehenden Instrumentariums und Fachwissens voll ausschöpfen. Die OSZE könnte in diesem Sektor effizienter werden, wenn folgende Maßnahmen ergriffen würden: Es müsste mehr Nachdruck auf gute Regierungsführung gelegt, die Zusammenarbeit in allen drei Sicherheitsdimensionen verstärkt, die SSGR noch stärker in das OSZE-Instrumentarium für den Konfliktzyklus integriert, die begrenzten verfügbaren Ressourcen effizienter genutzt und eine stärkere Abstimmung mit anderen Akteuren in diesem Bereich ermöglicht werden.

Wir begrüßen die Bemühungen des slowakischen OSZE-Vorsitzes um ein gemeinsames Verständnis der SSGR im Kontext der OSZE. Zusätzlich halten wir die Fortführung regelmäßiger Aussprachen über die SSGR als wichtigen Schritt der Anerkennung der diesbezüglichen Rolle der OSZE für notwendig.

Wir unterstreichen, dass sich die OSZE bei der Unterstützung der nationalen SSGR-Prozesse von folgenden Prinzipien – die alle bereits in unseren bestehenden Verpflichtungen verankert sind – leiten lassen sollte:

- Nationale Eigenverantwortung: Die Unterstützung durch die OSZE sollte jeweils auf einem Hilfersuchen des betreffenden Teilnehmerstaats beruhen und dessen nationalen Reformprioritäten entsprechen.
- Gute und demokratische Regierungsführung im Sicherheitssektor: Die Unterstützung durch die OSZE sollte eine demokratische zivile Kontrolle, die Rechtsstaatlichkeit sowie die vollständige Achtung der Menschenrechte begünstigen.
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter: Wesentlich sind die vollständige, gleichberechtigte und aktive Mitwirkung von Frauen an der SSGR und die Förderung der Teilhabe von Frauen am Sicherheitssektor auf strategischer und operativer Ebene.
- Ganzheitlichkeit und Inklusivität: Eine dimensionenübergreifende Herangehensweise an die Unterstützung der SSGR auf Grundlage des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE muss die ganzheitliche Natur der nationalen SSGR-Prozesse berücksichtigen und zugleich eine echte Mitwirkung aller Segmente der Gesellschaft und die Einbindung der Zivilgesellschaft fördern.

- Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung einschließlich der Jugend: Die Unterstützung der SSGR sollte den Bedürfnissen aller Segmente der Gesellschaft Rechnung tragen und Ansätze anbieten, die gendersensibel und menschenrechtskonform sind. Jede Unterstützung sollte von der gründlichen Kenntnis des Kontexts und einer umfassenden Bedarfsermittlung ausgehen.

- Abstimmung und Zusammenarbeit: Die Aktivitäten der OSZE sollten mit anderen Akteuren auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene abgestimmt sein und auf dem besonderen Nutzen und den besonderen Stärken der Organisation aufbauen.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON BELARUS
(Anhang 2 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, die gemeinsame Erklärung der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Aserbaidschan, der Republik Armenien, der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republik Moldau, der Russischen Föderation, der Republik Serbien, der Republik Tadschikistan, Turkmenistans und der Republik Usbekistan zum 75. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg zu verlesen.

Der Wortlaut der gemeinsamen Erklärung ist beigelegt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Anlage zu Anhang 2 zu MC(26).JOUR

GEMEINSAME ERKLÄRUNG
DER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER
REPUBLIK ASERBAIDSCHAN, DER REPUBLIK ARMENIEN, DER
REPUBLIK BELARUS, DER REPUBLIK KASACHSTAN, DER
KIRGISISCHEN REPUBLIK, DER REPUBLIK MOLDAU, DER
RUSSISCHEN FÖDERATION, DER REPUBLIK SERBIEN, DER
REPUBLIK TADSCHIKISTAN, TURKMENISTANS UND DER
REPUBLIK USBEKISTAN ZUM 75. JAHRESTAG DES SIEGES IM
ZWEITEN WELTKRIEG AUF DEM SECHSUNDZWANZIGSTEN
TREFFEN DES MINISTERRATS DER OSZE

Bratislava, 5. und 6. Dezember 2019

2020 werden wir den 75. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg begehen, eines der brutalsten und blutigsten Konflikte der Geschichte, der viele Millionen Todesopfer forderte und unsägliches Leid über die Menschen brachte.

Dank des unerschütterlichen Zusammenhalts und der Solidarität unserer Völker und des gemeinsamen Kampfes der Länder der Koalition gegen Hitler wurde der Nationalsozialismus bezwungen. Wir gedenken all jener, die an der Front und an der Heimatfront beispiellosen Mut bewiesen und unsere Zivilisation vor der Zerstörung bewahrt haben. Wir verneigen uns vor den Heldentaten der antifaschistischen Widerstandsbewegung und vor den Opfern der Todeslager und der Blockaden friedlicher Städte.

Es ist unsere heilige Pflicht, die historische Wahrheit zu hüten. Es ist in unseren Augen ein Sakrileg, wenn die Denkmäler für die Soldaten und Befehlshaber der Roten Armee

missachtet, wenn die Gräber derjenigen geschändet werden, die ihr Leben für die Befreiung Europas von den Nationalsozialisten geopfert haben. Vandalismus an solchen Gedenkstätten ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir fordern alle Länder mit Nachdruck auf, die Erinnerung an die Helden und Befreier zu ehren und die Kriegsgräber zu pflegen.

Wir verurteilen aufs Schärfste alle Versuche, das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs zu verfälschen. Wir sind empört über die Bestrebungen mancher Länder, Nazi-Verbrecher und ihre Sympathisanten zu rehabilitieren und zu verherrlichen. Wir halten es für richtig, dass die Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg, die keiner Verjährungsfrist unterliegen, genauestens befolgt werden. Ethnisch und religiös motivierte Hassverbrechen zu vertuschen wird die Welt unausweichlich in eine neue Katastrophe führen.

Wir verweisen auf die Bedeutung der Verabschiedung einer Resolution mit dem Titel „Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen“ auf der 74. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Geschichte hat gezeigt, wie gefährlich es ist, gegenüber Nationalismus, Intoleranz, Diskriminierung, Extremismus und ethnisch, rassistisch und religiös motiviertem Hass Nachsicht walten zu lassen. Wir anerkennen die Bedeutung der 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes als wichtiges völkerrechtliches Instrument.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft. Die Heldentaten der siegreichen Soldaten im Zweiten Weltkrieg und ihr selbstloses Opfer sollten künftigen Generationen eine immerwährende Mahnung sein, den Frieden auf der Grundlage der Prinzipien des Rechts, der Gleichheit und der Unteilbarkeit der Sicherheit zu stärken.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS
(AUCH IM NAMEN VON BULGARIEN, ESTLAND, FINNLAND,
IRLAND, KANADA, LETTLAND, LITAUEN, POLEN, RUMÄNIEN,
SCHWEDEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER UKRAINE,
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN VEREINIGTEN
STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 3 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen von Bulgarien, Estland, Finnland, Irland, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Elf Jahre nach der russischen Militärintervention in Georgien sind wir nach wie vor tief besorgt über die anhaltende Besetzung des Hoheitsgebiets Georgiens und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts unter voller Achtung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki sowie des Völkerrechts.

Wir fordern die Russische Föderation auf, unverzüglich ihren eindeutigen Verpflichtungen aus der von der Europäischen Union vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 nachzukommen, darunter jene zum Rückzug ihrer Kräfte auf die vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten bestehenden Stellungen. Wir fordern die Russische Föderation auf, ihre Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zurückzunehmen. Wir erkennen die Rechtmäßigkeit der sogenannten Wahlen, die in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien abgehalten wurden, nicht an, ebenso wenig wie deren Ergebnis.

Wir sind besorgt über die zunehmenden Provokationen durch Russland und die Regime in Sochumi und Zchinwali, auch über die versuchte Ausdehnung des besetzten Gebiets und die Einrichtung von „Posten“ durch die sogenannten Sicherheitskräfte der Region Südossetien in der Nähe des Dorfes Tschortschana auf von der georgischen Regierung kontrolliertem Territorium. Wir sind auch nach wie vor besorgt über die Anbringung von Stacheldrahtzäunen und anderen künstlichen Hindernissen entlang der Verwaltungsgrenze in den Dörfern Atozi und Gugutiantkari und der langen Schließung sogenannter Grenzübergänge in der georgischen Region Südossetien. Diese Maßnahmen haben die Lage vor Ort destabilisiert und die Sicherheit, den Schutz, das Wohlergehen und die humanitäre Lage der Menschen in vom Konflikt betroffenen Gebieten stark beeinträchtigt. Der jüngste Todesfall, bei dem Margo Martiaschwili aus dem Bezirk Achalgori starb, da er auf Grund der Schließung der sogenannten Grenzübergänge nicht rasch genug Zugang zur erforderlichen medizinischen Versorgung erhielt, ist ein weiteres tragisches Beispiel dafür, welche schwerwiegenden Folgen die anhaltenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für die örtliche Bevölkerung haben. Wir sind tief besorgt über die

Inhaftnahme des Georgiers Wascha Gaprindaschwili in der Region Südossetien und fordern seine unverzügliche Freilassung.

Wir sind besorgt über die Festnahme der Beobachter der EUMM (Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien) am 24. Oktober 2019 durch Vertreter der sogenannten Sicherheitskräfte der Region Südossetien und bewerten jeden Versuch, die Arbeit der EUMM zu behindern, als eine gegen den Frieden und die Sicherheit vor Ort gerichtete Provokation und den unverhohlenen Versuch einer Destabilisierung. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die EUMM als einzige internationale Mission in Georgien mit dem Mandat, die Umsetzung der Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 zu überwachen und Frieden und Sicherheit vor Ort den Weg zu ebnen. Wir fordern die Russische Föderation auf, der EUMM die unbehinderte und uneingeschränkte Wahrnehmung ihres Mandats zu ermöglichen, unter anderem indem sie ihr Zugang zu den beiden georgischen Regionen Abchasien und Südossetien gewährt.

Wir stimmen mit der Erklärung der Kovorsitzenden der internationalen Genfer Gespräche vom 28. August 2019 überein, dass die neu errichteten Strukturen bei Gugutiantkari die Bewegungsfreiheit der dort lebenden Bevölkerung einschränken, die dadurch keinen Zugang mehr zu ihren Obstgärten hat und deren Zugang zu Bewässerungswasser bedroht ist.

Wir äußern erneut unsere tiefe Besorgnis über die Zunahme russischer militärischer Übungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und deren Militarisierung durch die Russische Föderation.

Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die ethnische Diskriminierung von Georgiern, die in den Regionen Abchasien und Südossetien leben, sowie über Verstöße gegen die Menschenrechte, bei denen es unter anderem zur Anwendung von Folter gekommen sein soll, Häuser von Binnenvertriebenen zerstört wurden sowie die Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit und das Recht auf Eigentum unzulässig eingeschränkt wurden. Wir unterstützen die freiwillige Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde an ihre Herkunftsorte. Wir rufen jene, die die tatsächliche Kontrolle ausüben, dazu auf, internationalen und Menschenrechtsorganisationen den ungehinderten Zugang zu den Regionen Abchasien und Südossetien zu ermöglichen.

Der Fall des georgischen Staatsbürgers Irakli Kwarazchelia, der nach seiner willkürlichen Inhaftnahme im illegal in der Region Abchasien eingerichteten russischen Militärstützpunkt zu Tode kam, wird von uns aufmerksam verfolgt.

Wir verurteilen die Morde an den georgischen Staatsbürgern Artschil Tatunaschwili, Giga Otchosoria und Dawit Bascharuli und drängen die Russische Föderation als Staat, der die tatsächliche Kontrolle über die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ausübt, alle Hindernisse zu beseitigen, die einer strafrechtlichen Verfolgung der Täter entgegenstehen. Im Zusammenhang damit bekräftigen wir unsere Forderung nach einer eingehenden Untersuchung dieses Falles sowie anderer Fälle und nach der Gewährleistung ihrer strafrechtlichen Verfolgung. Wir bekunden unsere Unterstützung für die präventiven Maßnahmen, die Georgien gegen das Gefühl der Straflosigkeit ergriffen hat, und nehmen Kenntnis von der Verabschiedung der Otchosoria-Tatunaschwili-Liste durch die georgische Regierung.

Wir unterstützen die internationalen Genfer Gespräche als einzigartiges und wichtiges Format zur Befassung mit den Sicherheits-, Menschenrechts- und humanitären Herausforderungen, die sich aus dem ungelösten Konflikt zwischen Georgien und Russland ergeben. Wir halten fest, dass die 50. Runde der internationalen Genfer Gespräche auf Ende Dezember 2019 angesetzt ist. Wir bedauern das Fehlen von Fortschritten zu den Kernfragen der Gespräche, einschließlich der Nichtanwendung von Gewalt, der Schaffung internationaler Sicherheitsvorkehrungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und der Sicherstellung der Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde im Einklang mit dem Völkerrecht.

Wir bekunden unsere Unterstützung für die Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRMs) und betonen deren wichtige Rolle bei der Verhinderung einer Eskalation des Konflikts und für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort. Wir sind äußerst besorgt angesichts der Aussetzung der IPRMs von Gali und Ergneti und appellieren an die Teilnehmer, die Treffen unverzüglich und ohne Vorbedingungen unter vollständiger Einhaltung der grundlegenden Regeln der IPRMs wiederaufzunehmen. Wir begrüßen die Erklärung der Kovorsitzenden der internationalen Genfer Gespräche vom 6. November, in der die unverzügliche Wiederaufnahme der IPRMs ohne Vorbedingungen gefordert wird, und schließen uns ihr an. Technische Treffen und Ad-hoc-Treffen der IPRMs dienen jeweils einem Zweck, sind jedoch kein Ersatz für regelmäßige IPRM-Treffen.

Wir begrüßen die Einhaltung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 durch Georgien sowie dessen einseitiges Bekenntnis zur Nichtanwendung von Gewalt und fordern die Russische Föderation als Konfliktpartei auf, ein Gleiches zu tun und ebenfalls eine Gewaltverzichtserklärung gegenüber Georgien abzugeben und umzusetzen.

Wir nehmen Kenntnis von der Politik der georgischen Regierung, mit der Russischen Föderation im Dialog zu bleiben, um die Spannungen unter vollständiger Achtung der Souveränität Georgiens und seiner territorialen Integrität innerhalb seiner international anerkannten Grenzen abzubauen. Wir nehmen Kenntnis vom Treffen der Außenminister Georgiens und Russlands, das auf Initiative und durch Vermittlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am Rande der 74. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfand.

Wir bekunden erneut unsere nachdrückliche Unterstützung für die Friedensinitiative der georgischen Regierung „Ein Schritt in eine bessere Zukunft“, die das Ziel verfolgt, die humanitäre Lage und die sozioökonomischen Bedingungen der Menschen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu verbessern und zum Wohle der gesamten Bevölkerung die Vertrauensbildung und Kontakte zwischen den geteilten Gemeinschaften zu fördern. Wir drängen alle Parteien, sich im Interesse der Vertrauensbildung und des wirtschaftlichen Wohlstands daran zu beteiligen, um dieser Initiative eine Chance zu geben.

Wir ermutigen die OSZE dazu, sich weiterhin mit Georgien und anderen multilateralen Organisationen um die Förderung vertrauensbildender Maßnahmen vor Ort zu bemühen. Wir ermutigen Georgien auch, den Ständigen Rat über die Fortschritte auf dem Laufenden zu halten, die es bei der Bewältigung der Entwicklungen vor Ort und der Stärkung seiner demokratischen Institutionen und Prozesse macht.

Wir ermutigen die OSZE dazu, sich in den Prozess der Suche nach einer friedlichen Lösung für den Konflikt in Georgien einzubringen. Wir bedauern die Schließung der OSZE-Mission in Georgien im Jahr 2009 und ermutigen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu, der Wiedereinsetzung der dimensionenübergreifenden OSZE-Mission in Georgien zuzustimmen, samt einer Beobachtungskapazität und der Möglichkeit, ihre Tätigkeit ungehindert über die Verwaltungsgrenzen hinweg auszuüben. Die Wiedereinsetzung der Mission würde das Engagement der OSZE bei den internationalen Gesprächen in Genf und die IPRMs sowie bei der Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen erheblich verstärken.

Die Gruppe der Freunde Georgiens wird weiterhin das Bewusstsein für den Konflikt und die Entwicklungen vor Ort schärfen, Russlands Verantwortung für seine Verpflichtungen einmahnen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts stark machen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FRANKREICH,
GEORGIEN, GRIECHENLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,
KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN, LUXEMBURG, MONTENEGRO,
DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN,
PORTUGAL, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER
TÜRKEI, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 4 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika sowie im Namen meines eigenen Landes, Finnland.

Wir sind uns bewusst, dass sich das Sicherheitsumfeld in Europa in den letzten Jahren verschlechtert hat. Im Bemühen um eine Umkehrung dieser negativen Entwicklung sind wir entschlossen, zum Wiederaufbau und zur Verbesserung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten beizutragen und die militärische Transparenz und Berechenbarkeit zu verbessern; unserer Ansicht stellt die vollständige Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments den wirkungsvollsten Schritt dar, um das zu erreichen.

Diesbezüglich erinnern wir an die OSZE-Dokumente und -Verpflichtungen, die für die Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments maßgeblich sind, insbesondere den FSK-Beschluss Nr. 1/10 von 2010, die Gedenkerklärung von Astana von 2010 sowie die Hamburger Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE aus dem Jahr 2016.

Wir erinnern außerdem an die Initiativen zur Modernisierung des Wiener Dokuments und dabei insbesondere an den gemeinsamen Vorschlag FSC.DEL/213/19/Rev.1 vom 24. Oktober 2019, der von 33 Teilnehmerstaaten unterstützt wurde und in völlig neuer, substanzieller und umfassender Weise zum Prozess der Modernisierung des Wiener Dokuments beigetragen hat; wir begrüßen diesbezüglich die Prüfung dieses gemeinsamen Vorschlags im Rahmen des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE mit dem Ziel, einen Konsens aller 57 herbeizuführen.

Angesichts dieses Vorschlags würdigen wir die starke Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten für eine Modernisierung des Wiener Dokuments, insbesondere seiner zentralen Elemente, deren Schwerpunkt auf der Verbesserung der Transparenz und Berechenbarkeit und auf der Risikominderung liegt.

Wir bekräftigen unser festes Bekenntnis zum Wiener Dokument und dessen vollständiger Umsetzung und sind entschlossen, den Prozess seiner Modernisierung konstruktiv zu unterstützen, mit dem Ziel, substanzielle Fortschritte im Sinne einer Aktualisierung des Wiener Dokuments bis zum OSZE-Ministerrat 2020 in Tirana zu erzielen.

Herr Vorsitzender,

die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BULGARIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, DÄNEMARK,
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FRANKREICH, GRIECHENLAND,
ISLAND, ITALIEN, KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN,
LUXEMBURG, MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN,
NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN, PORTUGAL,
RUMÄNIEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN, DER
TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER TÜRKEI, UNGARN, DEM
VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA)**

(Anhang 5 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten: Albanien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika sowie im Namen meines eigenen Landes, Bulgarien.

Das euroatlantische Sicherheitsumfeld hat infolge der illegalen und rechtswidrig versuchten Annexion der Krim durch Russland, die wir nicht anerkennen und auch nicht anerkennen werden, sowie der fortgesetzten Angriffshandlungen Russlands in der Ostukraine und des ungerechtfertigten Einsatzes militärischer Gewalt durch Russland unweit der Straße von Kertsch und am Asowschen Meer Ende 2018 an Stabilität und Berechenbarkeit verloren. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer. Wir fordern Russland erneut auf, jede finanzielle und militärische Unterstützung der illegalen bewaffneten Formationen einzustellen, die auf ukrainischem Hoheitsgebiet operieren, sämtliche russische militärische Ausrüstung und sämtliches russisches militärisches Personal abzuziehen sowie seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, indem es den ungehinderten Zugang zu den ukrainischen Häfen am Asowschen Meer gewährleistet und im Einklang mit dem Völkerrecht die Freiheit der Schifffahrt ermöglicht. Wir fordern Russland auf, unverzüglich alle ukrainischen Staatsangehörigen freizulassen, die nach wie vor rechtswidrig festgehalten werden. Wir begrüßen den Abschluss der Entflechtung in Stanyzja Luhanska, Solote und Petriwske und ermutigen zu weiteren Schritten in die richtige Richtung. Wir hoffen auf substanzielle Fortschritte auf dem Weg zur Beilegung des Konflikts im Rahmen der Erörterungen in der Trilateralen Kontaktgruppe und im Normandie-Format, insbesondere beim bevorstehenden Gipfeltreffen des Normandie-Quartetts am 9. Dezember in Paris. Diesbezüglich zollen wir der ukrainischen Führung Anerkennung für ihr Bekenntnis zur friedlichen Beilegung dieses Konflikts und fordern Russland auf, ein Gleiches zu tun.

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung haben einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung unserer Sicherheitsziele und zur Gewährleistung strategischer Stabilität

sowie unserer kollektiven Sicherheit geleistet und sollten dies auch in Zukunft tun. Wir sind entschlossen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa auf der Grundlage von Kernprinzipien und -verpflichtungen, darunter die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, Gegenseitigkeit, Transparenz und die Zustimmung des Gaststaates, zu erhalten, zu stärken und zu modernisieren.

Russlands anhaltende selektive Umsetzung des Wiener Dokuments und des Vertrags über den Offenen Himmel sowie seine nun schon lange währende Nichtumsetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa haben zusammen mit seinem aggressiven militärischen Dispositiv unsere Sicherheit untergraben. Wir fordern Russland auf, zur vollständigen Umsetzung und Einhaltung aller seiner internationalen Verpflichtungen nach Geist und Buchstaben zurückzukehren, was für die Wiederherstellung der militärischen Transparenz und die Erhöhung der Berechenbarkeit in der euroatlantischen Region unabdingbar ist.

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen die breite Unterstützung für die Modernisierung des Wiener Dokuments und bedauern, dass der Entwurf einer Ministererklärung über die Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 nicht angenommen wurde. Wir begrüßen die Verabschiedung der Gedenkerklärung zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit sowie die Gedenkerklärung zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und zum fünfzehnjährigen Bestehen der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Wir rufen erneut zur vollständigen Umsetzung dieser wichtigen Dokumente im gegenwärtigen Sicherheitsumfeld auf.

Die Stärkung der militärischen Transparenz und des Vertrauens im gesamten OSZE-Raum ist und bleibt eine Frage von höchster Priorität. Die OSZE-Teilnehmerstaaten sollten sich weiterhin mit der wirksamen Verminderung der Risiken und Verhütung von Zwischenfällen sowie mit der Erhöhung der militärischen Transparenz befassen. Wir betonen ferner, dass die OSZE weiterhin eine wichtige und inklusive Plattform für die Wiederherstellung des Vertrauens durch den multilateralen Dialog zwischen den 57 Teilnehmerstaaten auf militärischer Ebene sein wird. Die vollständige Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments ist unserer Meinung nach der wichtigste Schritt, den die OSZE-Teilnehmerstaaten in diese Richtung setzen können.

Daher fordern wir alle Teilnehmerstaaten auf, sich in der OSZE konstruktiv an Verhandlungen über die Modernisierung des Wiener Dokuments zu beteiligen. Wir begrüßen und unterstützen den am 23. Oktober von 32 Ländern eingebrachten Gesamtvorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments als solide Grundlage für solch einen ehrgeizigen Verhandlungsprozess. Die Erzielung eines Konsenses zu einem aktualisierten Wiener Dokument wäre ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung von Transparenz und zur Erhöhung der Berechenbarkeit in der euroatlantischen Region. Wir hoffen, dass alle Teilnehmerstaaten am gleichen Strang ziehen werden, um bis Ende 2020 substanzielle Fortschritte im Hinblick auf ein aktualisiertes Wiener Dokument zu erzielen.

Als rechtsverbindliches Instrument hat der Vertrag über den Offenen Himmel zu mehr Vertrauen beigetragen und die kooperative Sicherheit in Europa vorangebracht. Wir bedauern

die fortgesetzte Nichteinhaltung des Vertrags durch Russland und verurteilen die Verweigerung einer Flugstrecke eines vereinbarten Missionsplans zum Überfliegen der Übung „Zentr 2019“; dies stellte eine eindeutige Verletzung des Vertrags über den Offenen Himmel dar. Wir fordern Russland zu Offenheit und Transparenz und einem seinen vertraglichen Verpflichtungen entsprechenden Verhalten auf. Wir begrüßen den Beschluss über die Verteilung der aktiven Quoten, der die Fortsetzung der Flüge „Offener Himmel“ im Jahr 2020 ermöglicht.

Zugleich würdigen wir den Strukturierten Dialog über die aktuellen und künftigen Sicherheitsherausforderungen und -risiken im OSZE-Raum als Gelegenheit, um wieder einen sachdienlichen Meinungs austausch zwischen allen Akteuren der Europäischen Sicherheit im OSZE-Raum in Gang zu bringen, mit dem Ziel, das Vertrauen wiederherzustellen. Wir sprechen dem Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppe, Botschafter Boender, und seinem Team unsere Anerkennung für die wichtige und verdienstvolle Arbeit aus, die sie in diesem vergangenen Jahr im Rahmen des Strukturieren Dialogs zu den Themen Risikominderung und Bedrohungswahrnehmungen geleistet haben. Wir unterstützen aktiv die Fortsetzung des Strukturierten Dialogs als transparenten, inklusiven, von den Teilnehmerstaaten verantworteten und gesteuerten, ergebnisoffenen Prozess. Wir sind uns bewusst, dass dies ein langfristiger Prozess ist, der mehr Zeit brauchen wird. Wir ermutigen alle Teilnehmerstaaten, sich konstruktiv an diesen Bemühungen in Wien zu beteiligen.

Herr Vorsitzender, die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 6 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte zu allererst unsere Dankbarkeit gegenüber dem slowakischen Vorsitz zum Ausdruck bringen, der den Teilnehmern am Ministerratstreffen eine angenehme Umgebung bereitet hat. Im Lichte der Erörterungen der gesamten OSZE-Agenda während der Vorbereitungen, in der Plenarsitzung und am Rande des 26. Treffens des Ministerrats der OSZE können wir sagen, dass die Veranstaltung bis zu einem gewissen Grad produktiv war.

Die russische Delegation hat gezeigt, dass sie durchaus für eine konstruktive Zusammenarbeit auf der Grundlage einer positiven, einigenden Agenda bereit war. Unsere Experten befassten sich eingehend mit allen vom Vorsitz vorgelegten Entwürfen und prüften sorgfältig weitere Dokumente.

Wir kamen mit acht russischen Vorschlägen nach Bratislava, die keineswegs im Geiste der Zusammenarbeit aufgenommen wurden. Die meisten davon wurden unter einem konstruierten Vorwand vom Tisch gewischt, obwohl sie offensichtlich vor allem deshalb blockiert wurden, weil sie aus russischer Feder stammten – auch wenn man versuchte, uns vom Gegenteil zu überzeugen. Das ist aus unserer Sicht kurzsichtig gedacht, wird damit doch die inhaltliche Arbeit der OSZE auf dem Altar der Ideologie geopfert.

Wir bedauern, dass der Versuch einiger Länder, eine verzerrte Sichtweise der aktuellen politischen und rechtlichen Gegebenheiten vorzuschreiben, und vom Blockdenken geprägte Erklärungen die Verabschiedung einer allgemeinen politischen Erklärung und einer Erklärung zu den Bemühungen der OSZE um die Erleichterung einer Lösung der innerukrainischen Krise verhindert haben.

Es fehlte ihnen am politischen Willen, einer Erklärung der 57 Staaten zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zuzustimmen, obwohl das Dokument sogar auf dem Wortlaut fußte, der in früheren Jahren beschlossen worden war. Einige Staaten haben nicht nur ein kurzes historisches, sondern auch ein selektives Gedächtnis. Das ist bedauerlich und gefährlich. Wer die Geschichte vergisst und sie um momentaner opportunistischer Interessen willen verfälscht, läuft Gefahr, die Fehler und Tragödien der Vergangenheit zu wiederholen. Unsere Sicht ist in der gemeinsamen Erklärung der Außenminister von elf Staaten genau dargelegt, die vom Vertreter von Belarus verlesen wurde.

Wir begrüßen die Unterstützungserklärung für die Regelung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung der vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen und die Darlegung neuer auf Gegenseitigkeit beruhender Schritte eine beständige Annäherung beiderseits des Dnister erleichtern wird. Verabschiedet wurde eine gemeinsame Erklärung der Delegationsleiter der Ko-Vorsitzländer der Minsk-Gruppe zur Unterstützung des Prozesses zur Beilegung des Bergkarabach-Konflikts. Wir nehmen Kenntnis von der Absicht der Seiten, die Verhandlungen fortzusetzen und weitere Schritte zu setzen, um die Bevölkerung auf den Frieden vorzubereiten.

Zwei Erklärungen des Ministerrats zu zwei Jahrestagen, der Verabschiedung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung und der Verabschiedung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wurden verabschiedet. Generell heißen wir sie inhaltlich gut, halten jedoch fest, dass sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf der politisch-militärischen Schiene offenbar nicht mehr erreichen lässt.

Die Erörterung von Mitteln und Wegen zur Wiederherstellung des Vertrauens und zum Abbau von Spannungen ist als solche wertvoll. Wir unterstützen die Fortsetzung des strukturierten Dialogs unter Einbindung von Militärexperten und ohne politische Befrachtung des Prozesses. Wir sehen darin eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit zur Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen ist nach wie vor relevant, insbesondere im Hinblick auf die terroristische Bedrohung ganz allgemein weltweit und im OSZE-Raum im Besonderen. Wir müssen das Profil der Organisation bei der Bekämpfung der Ausbreitung der terroristischen Ideologie – insbesondere über die Medien – schärfen und den Sicherheitsausschuss des Ständigen Rates der OSZE in vorrangigen Bereichen der Terrorismusbekämpfung unter regelmäßiger Beiziehung von Experten aus den Hauptstädten wirksamer nutzen. Der russische Vorschlag für die Bekämpfung des Drogenhandels liegt nach wie vor auf dem Tisch.

Wir möchten auch festhalten, dass die unerklärliche Obsession einiger Delegationen bezüglich des Themas „Geschlechtergleichstellung“ hinderlich dabei war, sich auf Beschlüsse zu einigen, die mit dieser Frage eigentlich nicht unmittelbar zu tun haben.

Völlig kontraproduktiv ist die Sabotage, die einige Delegationen im Hinblick auf die Anweisung des Ministerrats von Basel 2014 zur Verabschiedung von Erklärungen zum Schutz von Christen und Muslimen betrieben haben. Angesichts dessen erscheint ihre Phrasendrescherei, unser aller gemeinsam beschlossene Verpflichtungen seien genauestens einzuhalten, heuchlerisch.

Die ausgewogenen Beschlussentwürfe über die Sprach- und Bildungsrechte nationaler Minderheiten und den freien Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen wurden rundweg abgelehnt. Genau die Verpflichtungen, für die sich die westlichen Länder einst so stark gemacht haben, sind ihnen jetzt unbequem geworden.

Wir haben den Appell von Bratislava des Amtierenden Vorsitzenden unterstützt, dessen Hauptforderungen wir uns anschließen: uns auf das zu konzentrieren, was uns eint, statt auf das, was uns entzweit, größere Flexibilität und Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen und den interaktiven, gleichberechtigten Dialog. Wir werden uns auch in Zukunft bei unserer Arbeit in der OSZE von diesen Prinzipien leiten lassen.

Im nächsten Jahr werden wir den 45. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und den 10. Jahrestag der Erklärung von Astana begehen. Das ist eine gute Gelegenheit, um unser Bekenntnis zu den Grundprinzipien der OSZE, die in diesen Dokumenten dargelegt sind, und zur Aufgabe, die umfassende und unteilbare Sicherheit zu stärken, zu erneuern. Es ist jedoch besorgniserregend, dass etliche Partner in diesem Jahr diese Bereitschaft im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Europäischen Sicherheitscharta und der Plattform für kooperative Sicherheit haben vermissen lassen.

Wir wünschen dem nächsten Vorsitzland, Albanien, jeden erdenklichen Erfolg.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 7 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich bitte Sie, auch Außenminister Lajčák – und ich weiß, dass ich damit für viele spreche – unseren Dank für die Ausrichtung dieser Veranstaltung zu übermitteln. Ich danke der Slowakei für ihre Gastfreundschaft als Gastgeber dieses Ministerrats und Ihrer Delegation für ihre Bemühungen um eine erfolgreiche Abhaltung dieses Treffens. Auch die unermüdliche Arbeit des Ständigen Vertreters der Slowakei bei der OSZE Rado Boháč im vergangenen Jahr verdient unsere Anerkennung. Albanien genießt als kommender Vorsitz unsere volle Unterstützung, und wir freuen uns, dass Schweden und Polen zugesagt haben, diese große Verantwortung in weiterer Zukunft zu übernehmen.

Präsident Trump hat mich gebeten, das starke Bekenntnis der Vereinigten Staaten zur Verteidigung und Förderung der Werte und Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris der OSZE deutlich zu machen. Die Vereinigten Staaten sind sich der Bedeutung der OSZE und ihrer Rolle bei der Stärkung der regionalen Stabilität, der Förderung der ökonomischen und ökologischen Entwicklung, der Verteidigung der Menschenrechte und der Förderung von Toleranz bewusst. Deswegen leisten wir auch nach wie vor den größten Beitrag von allen, sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht. Wir bedauern es, dass trotz aller unserer Bemühungen kein Konsens zu einem Beschluss über die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels erzielt werden konnte. Wir wissen die große Unterstützung durch Belarus und den slowakischen Vorsitz als Miteinbringer zu schätzen.

Nach wie vor erfüllt es uns mit großer Besorgnis, dass einige Teilnehmerstaaten ihren OSZE-Verpflichtungen nicht nachkommen. Sagen wir es doch klar: Es sind nicht alle Teilnehmerstaaten gleichermaßen für das Ausbleiben von Fortschritten bei der Erfüllung der Versprechen der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verantwortlich. Vielmehr fällt die Hauptverantwortung einem einzigen Staat zu, nämlich Russland. Wir sehen dies an der fortgesetzten Aggression Russlands in der Ukraine, der Besetzung von Teilen Georgiens, seiner anhaltenden militärischen Präsenz sowohl in Georgien als auch in Moldau, seinen Menschenrechtsverletzungen und -verstößen im In- und Ausland sowie seiner zunehmend raffinierten Verwendung hybrider Methoden zur Unterminierung der Sicherheit und demokratischer Systeme in allen drei Dimensionen.

Meine Kollegen und ich hatten bei diesem Ministerrat fruchtbare Treffen mit zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen. Deren Fachwissen kommt unserer Arbeit zugute, und wir müssen uns Bemühungen entgegenstellen, die Teilnahme der Zivilgesellschaft an OSZE-Veranstaltungen über Gebühr einzuschränken.

Meine Regierung begrüßt die Zustimmung aller 57 Teilnehmerstaaten zu einer Ministerratserklärung betreffend die „5+2“-Gespräche über die Beilegung des Transnistrien-Konflikts. Wir erinnern auch daran, dass die bei OSZE-Gipfeltreffen eingegangenen Verpflichtungen betreffend den Abzug russischer Streitkräfte aus Moldau erfüllt werden müssen.

Die Vereinigten Staaten schlossen sich gerne den Freunden Georgiens an und brachten ihre unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zum Ausdruck. Leider war es nicht möglich, Konsens über eine Erklärung zum Russland-Georgien-Konflikt zu erzielen. Wir würden Gespräche darüber begrüßen, wie die OSZE eine verstärkte Rolle bei der Herbeiführung einer friedlichen Lösung im Rahmen der entsprechenden Regeln übernehmen könnte.

Wir bedauern auch, dass Russland die Bemühungen um eine Modernisierung des Wiener Dokuments blockiert, wie schon zuvor auf diesem Treffen festgehalten wurde. Nach der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki war Russland über Jahre hinweg ein unerschütterlicher Verfechter von Maßnahmen im Sinne militärischer Transparenz. Die bedauerliche Kehrtwende Russlands geht weit über das hinaus, was sich mit irgendwelchen legitimen Sicherheitsbedenken rechtfertigen ließe. Erst heute Abend, nachdem ein Konsensdokument zur Erklärung unserer Solidarität mit unseren Partnern in Asien ausgehandelt worden war, brachte Russland in letzter Minute Änderungen ein, von denen es wusste, dass sie die Verabschiedung dieser Konsenserklärung blockieren würden.

Ich freue mich auf den Tag, an dem Russland von seiner Obstruktionspolitik ablassen und dieser Organisation gestatten wird, ihr volles Potenzial zu entfalten, den Tag, an dem es sich den Bemühungen der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten anschließen wird, unsere gemeinsame Sicherheit und eine friedliche Zukunft für den OSZE-Raum Wirklichkeit werden zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE
(Anhang 8 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,

da die russische Delegation um Beifügung ihrer heute in der Schlussitzung eingebrachten Erklärung zum Journal des 26. OSZE-Ministerratstreffens in Bratislava ersuchte, möchte ich zur Klarstellung und Berichtigung folgende Erklärung abgeben.

Bezugnehmend auf den Titel eines der Dokumentenentwürfe, die zur Prüfung durch die Teilnehmerstaaten anstehen, verwendete der Vertreter der Russischen Delegation den Ausdruck „innerukrainische Krise“. In Wirklichkeit lautete der Titel dieses Dokuments „Entwurf zu einer Erklärung über die Bemühungen der OSZE um Frieden in und um die Ukraine“; es wurde unter der Nummer MC.DD/11/19/Rev.2 vom 2. Dezember 2019 verteilt.

Wir danken dem slowakischen Vorsitz für die Vorbereitung dieses Entwurfs und bedauern, dass seine Verabschiedung durch eine einzige Delegation, und zwar die Russische Föderation, verhindert wurde. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal dieses Ministerratstreffens.

Danke, Herr Vorsitzender.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, ARMENIEN,
ASERBAIDSCHAN, BELGIEN, BOSNIEN UND HERZEGOWINA,
BULGARIEN, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND,
ITALIEN, KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN,
LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO,
MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN,
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER
UKRAINE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 9 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der folgenden 46 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes Dänemark.

1989 haben eine Reihe historischer Ereignisse den OSZE-Raum in seiner heutigen Form geprägt, darunter der Baltische Weg, der Fall der Berliner Mauer und die Samtene Revolution. Diese Ereignisse brachten nicht nur Millionen Menschen Demokratie. Sie stellten auch unter Beweis, dass eine starke, pluralistische und lebendige Zivilgesellschaft durch die Wahrnehmung ihrer individuellen Menschenrechte und Grundfreiheiten Katalysator für einen friedlichen Wandel sein kann – bisweilen trotz unglaublicher Widrigkeiten.

Wir haben in den letzten 30 Jahren große Fortschritte bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemacht. Doch ist dieser Kampf auch heute noch nicht zu Ende. Zu viele Menschen sind durch Diskriminierung aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen und der Raum für die Zivilgesellschaft und für unabhängige Medien schrumpft rasant, während Drohungen und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger zunehmen.

Gleichzeitig ist die Welt heute vernetzter denn je, allein schon durch die digitalen Technologien. Missbrauch und Verletzungen der Menschenrechte in einem Teil unseres Raumes können schwerwiegende Auswirkungen in einem anderen Teil haben. Missbrauch und Verletzungen der Menschenrechte sowie Einschränkungen der Zivilgesellschaft können

uns alle betreffen – unabhängig davon, wo wir leben. Die Achtung der Menschenrechte innerhalb der Staaten ist unerlässlich für dauerhafte Sicherheit zwischen ihnen.

Herr Vorsitzender,

wir werden weiterhin unsere Stimme erheben, wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt und missachtet werden. Ob es Menschenrechtsverteidiger sind, die für ihren selbstlosen Einsatz Repressalien ausgesetzt sind, oder Personen dafür, wer sie sind, wen sie lieben, oder für das, was sie glauben oder sagen, ins Visier genommen werden. Wir werden Stereotypen und Vorurteile hinterfragen, Mythen mit Fakten bekämpfen und die Stimme gegen Diskriminierung und Intoleranz erheben, wann immer und gegen wen auch immer sie gerichtet sind.

Die Zivilgesellschaft ist das Gewissen unserer Gesellschaften, eine Inspirationsquelle und entscheidende Komponente eines offenen und inklusiven Dialogs. Sie ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir setzen uns für eine Welt ein, in der Menschen Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit genießen, ihre Meinung frei äußern, glauben oder nicht glauben und ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen können, ohne Repressalien zu fürchten. Wir würdigen den unermüdlichen Einsatz aller Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die unsere Menschenrechtsverpflichtungen verteidigen. Sie verdienen unsere Anerkennung, unseren Schutz und unsere Unterstützung.

Wir sprechen den autonomen Institutionen der OSZE, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dem Beauftragten für Medienfreiheit und dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten für ihre Arbeit zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte unsere Anerkennung aus; sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur umfassenden Sicherheit und zum Aufbau starker Demokratien. Ihre Arbeit, ihre Mandate und ihre Unabhängigkeit als Institutionen sind von wesentlicher Bedeutung für die Förderung und die Stärkung der Grundfreiheiten und Menschenrechte.

Wir werden weiter darum kämpfen, dass die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Grundsätze an vorderster Stelle unserer Arbeit in dieser Organisation steht.

Abschließend möchten wir dem slowakischen Vorsitz unsere aufrichtige Anerkennung und unseren Dank für seinen unermüdlichen Einsatz für die Stärkung der menschlichen Dimension während des ganzen letzten Jahres aussprechen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Danke.

ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 11 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Die Delegation Finnlands als EU-Vorsitzland gab das Wort an den Vertreter der Europäischen Union weiter, der folgende Erklärung abgab:

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie Nordmazedoniens, Montenegros, Serbiens, Albaniens, Bosnien und Herzegowinas, Islands, Norwegens, der Ukraine, Georgiens, Andorras, der Schweiz und Kasachstans abzugeben.

Wir berücksichtigen die laufenden Erörterungen im Rahmen des Wirtschafts- und Umwelt- sowie des Sicherheitsausschusses unter dem österreichischen, italienischen und dem slowakischen OSZE-Vorsitz über die möglichen Auswirkungen der Herausforderungen im Umweltbereich auf die Sicherheit.

Wir nehmen Kenntnis von den bestehenden internationalen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Unterstützung der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, die die Umwelt schädigt, und sind davon überzeugt, dass die OSZE eine nützliche Plattform für den Dialog, den Austausch nachahmenswerter Verfahren und Erfahrungen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartnern bieten kann.

Wir erinnern ferner an das OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, das beim elften Treffen des Ministerrats 2003 in Maastricht verabschiedet wurde und in dem die Entschlossenheit aller Teilnehmerstaaten bekräftigt wird, die Zusammenarbeit zum Abbau umweltbedingter Sicherheitsrisiken untereinander und gemeinsam mit anderen im Umweltbereich tätigen internationalen und regionalen Institutionen und Organisationen weiter zu verstärken.

Wir ermutigen diesbezüglich den albanischen OSZE-Vorsitz 2020 und die nachfolgenden OSZE-Vorsitze, mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats sowie in Absprache mit Teilnehmerstaaten und maßgeblichen internationalen und regionalen Organisationen den Dialog über die möglichen Auswirkungen der Herausforderungen im Umweltbereich auf die Sicherheit weiter zu verstärken und die ergänzende Rolle und die künftigen Beiträge der OSZE in diesem Bereich zu beurteilen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 12 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Die Delegation Finnlands als EU-Vorsitzland gab das Wort an den Vertreter der Europäischen Union weiter, der folgende Erklärung abgab:

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie Nordmazedoniens, Montenegros, Serbiens, Albaniens, Bosnien und Herzegowinas, Islands, Liechtensteins, Norwegens, der Ukraine, Armeniens, Georgiens, Andorras und der Schweiz abzugeben.

In Anbetracht der Bedeutung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung als globaler und umfassender Agenda bekunden wir unsere Entschlossenheit, unsere gemeinsamen Bemühungen zum Wohl unseres Planeten und der Menschen, auch für den OSZE-Raum, zu verstärken.

Wir unterstreichen die Bedeutung des Aufrufs zu beschleunigtem Handeln in der politischen Erklärung des hochrangigen politischen Forums für nachhaltige Entwicklung, das am 24. und 25. September 2019 stattfand, und bekräftigen die von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Verpflichtung, niemanden zurückzulassen, die den Kernpunkt der Agenda 2030 bildet.

Wir erinnern an den Querschnittscharakter der Ziele für nachhaltige Entwicklung, die einen Satz von miteinander verbundenen und unteilbaren Zielen und Zielvorgaben umfassen, die der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung tragen.

Wir anerkennen die Rolle der Vereinten Nationen für die Erleichterung dauerhafter Partnerschaften zwischen staatlichen Stellen auf allen Ebenen und mit allen maßgeblichen Interessenträgern nach Maßgabe der Gegebenheiten, mit dem Ziel der Verwirklichung der Vision und der Ziele der Agenda 2030.

Wir sind uns der ergänzenden Rolle bewusst, die regionale Organisationen für eine wirksame und solide Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung spielen, indem sie Synergien schaffen und die Zusammenarbeit verstärken.

Wir unterstreichen die Rolle der OSZE als der größten regionalen Sicherheitsorganisation mit ihrem umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzept, ihrem Instrumentarium, ihrem einschlägigen fachlichen und praktischen Wissen bei der Hilfestellung für ihre 57 Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Umsetzung der jeweiligen Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Wir heben die Bedeutung von Ziel 16 hervor, da wir überzeugt sind, dass die Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften, die Ermöglichung des Zugangs zur Justiz für alle Menschen und der Aufbau leistungsfähiger, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen auf allen Ebenen entscheidende Voraussetzungen für regionale Sicherheit und Zusammenarbeit sind. Wir betonen den wertvollen Beitrag der OSZE – in allen drei Dimensionen – zur Verwirklichung von Ziel 16.

Abschließend halten wir fest, dass uns nicht mehr viel Zeit bleibt, und erneuern unser Bekenntnis zum Multilateralismus und zu einer erfolgreichen und wirksamen Umsetzung der Agenda 2030.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BOSNIEN UND
HERZEGOWINA, IRLAND, ITALIEN, KASACHSTAN, MALTA,
MONACO, DER MONGOLEI, ÖSTERREICH, PORTUGAL,
SAN MARINO, DER SCHWEIZ, DER SLOWAKEI, SPANIEN,
UNGARN UND ZYPERN)**

(Anhang 13 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt auch im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Irland, Italien, Kasachstan, Malta, Monaco, Mongolei, Österreich, Portugal, San Marino, Schweiz, Slowakei, Spanien, Ungarn und Zypern.

Auf dem Treffen des Ministerrats 2013 in Kiew anerkannten wir alle die sich weiterentwickelnden grenzüberschreitenden Bedrohungen in der OSZE-Region und darüber hinaus sowie die Notwendigkeit, gemeinsam darauf zu reagieren, unter anderem durch die Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren Gruppen für die OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien. Seitdem sind weitere grenzüberschreitende Bedrohungen entstanden, die erneut die Wechselbeziehung zwischen der Sicherheit im OSZE-Raum und der Sicherheit der Kooperationspartner deutlich machen.

Um eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderungen zu finden, müssen wir unserer Ansicht nach den politischen Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Gruppen der Kooperationspartner in sämtlichen Gremien – angefangen beim Ministerrat – im Sinne der Erklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE, die 2007 in Madrid (MC.DOC/1/07/Corr.1) verabschiedet wurde, der Basler Ministerratserklärungen über die Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum (MC.DOC/9/14/Corr.1 und MC.DOC/10/14) und der jüngsten, 2018 in Mailand verabschiedeten Ministerratserklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vertiefen.

Wir sprechen uns daher für eine Änderung der Geschäftsordnung der OSZE aus, die Delegationsleitern aus den Gruppen der Kooperationspartner die Möglichkeit gibt, nach den ihnen gleichrangigen Delegationsleitern der Teilnehmerstaaten das Wort an den Ministerrat zu richten, und zwar in folgender Reihenfolge:

- Minister oder gleichrangige Delegationsleiter der Teilnehmerstaaten
- Minister oder gleichrangige Delegationsleiter in den Gruppen der Kooperationspartner
- stellvertretende Minister oder gleichrangige Vertreter der Teilnehmerstaaten
- stellvertretende Minister oder gleichrangige Vertreter in den Gruppen der Kooperationspartner
- alle anderen Delegationsleiter der Teilnehmerstaaten

- alle anderen Delegationsleiter in den Gruppen der Kooperationspartner

Wir erachten das als ein deutliches Signal des politischen Willens, die Kooperationspartner im Rahmen der OSZE stärker einzubeziehen und unseren politischen Dialog zu stärken.

Mit dieser Änderung wird auch die derzeitige, 2014 unter dem Schweizer Vorsitz eingeführte und unter allen nachfolgenden Vorsitzen weitergeführte Praxis festgeschrieben, den Teilnehmerstaaten in der Reihenfolge der Rangordnung ihrer Delegationsleiter das Wort auf dem Ministerrat zu erteilen, wobei Minister oder Delegationsleiter gleichen Ranges Vorrang vor anderen Vertretern haben.

Wir legen den anderen Teilnehmerstaaten nahe, diesen Vorschlag zu prüfen, um den für seine Verabschiedung zu einem späteren Zeitpunkt erforderlichen Konsens herzustellen.

Herr Vorsitzender,

wir treten unverändert für eine weitere Stärkung unserer Beziehungen zu den Gruppen der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum ein, damit wir besser in der Lage sind, gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

Die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

Vielen Dank.

IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

BERICHT
DES GENERALEKRETÄRS AN DAS
SECHSUNDZWANZIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS
(MC.GAL/6/19 vom 6. Dezember 2019)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Miroslav,

danke für Ihre herzliche Begrüßung heute und Ihre großartige Führung der OSZE in diesem Jahr. Ich möchte mich auch bei Ihren Teams in Wien und hier in Bratislava unter Leitung von Botschafter Boháč und Botschafter Kirnag für ihre harte Arbeit und ihr Engagement für unsere Organisation bedanken.

Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir heute hier zusammenkommen, liegen mehrere historische Jubiläen der OSZE unmittelbar vor uns.

1975 schuf die Schlussakte von Helsinki das Konzept der auf gemeinsamen Prinzipien beruhenden umfassenden und kooperativen Sicherheit, das bei der Vertrauensbildung und beim Abbau der Spannungen des Kalten Krieges half.

1990 entwarf die Charta von Paris die hoffnungsvolle Vision eines ungeteilten und freien Europas, geeint durch sein Bekenntnis zu Demokratie und Frieden.

2010 bekräftigte die Gedenkerklärung von Astana unsere grundlegenden Prinzipien und unsere Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft.

Das kommende Jahr ist somit eine gute Gelegenheit, um unser Bekenntnis zu unseren Kernprinzipien zu erneuern, über unsere Errungenschaften nachzudenken, Verbesserungspotenzial auszumachen und unsere gemeinsame Zukunftsvision für die OSZE mit neuem Leben zu erfüllen.

Doch wir sollten auch in größeren Dimensionen denken.

Wir stehen heute vor anspruchsvollen neuen Herausforderungen, die Auswirkungen auf unsere gemeinsame Sicherheit haben: dem Klimawandel, der Migration und einer technologischen Revolution, deren treibende Kraft die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz sind.

Nur wenn wir zusammenarbeiten, einander unterstützen und einander in die Verantwortung nehmen, können wir solch ungeheure Herausforderungen meistern. Die Skepsis gegenüber internationaler Zusammenarbeit ist in Zeiten wie diesen paradox. Wie sollen wir gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme finden können, wenn wir nichts miteinander zu tun haben wollen?

Lassen wir uns doch von unseren Vorgängern aus der Zeit des Kalten Krieges inspirieren, die energisch mehr Dialog und mehr Zusammenarbeit einforderten, um dadurch Spannungen abzubauen und Vertrauen wieder aufzubauen.

Im polarisierten Umfeld von heute bietet die OSZE eine seltene Plattform für einen inklusiven Sicherheitsdialog, in dessen Rahmen sich alle in unserer Region gleichberechtigt äußern können. Eine unserer Leitinitiativen, der Strukturierte Dialog, kann beim Abbau politisch-militärischer Spannungen hilfreich sein. Seine Wirksamkeit ist jedoch von der Bereitschaft der Teilnehmerstaaten abhängig, vertrauensvoll aufeinander zuzugehen und ihm 2020 neuen Schwung zu verleihen.

Geschätzte Ministerinnen und Minister,

wir sollten alle mit Stolz auf die langjährige Erfolgsbilanz der OSZE bei der Verhütung von Konflikten, der Stärkung der Sicherheit und der Förderung des Friedens blicken.

Unser Netz aus 16 Feldpräsenzen hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen, indem es Spannungen entschärft, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte fördert und nationale Reformprozesse unterstützt.

Unsere Institutionen und die Parlamentarische Versammlung unterstützen die Teilnehmerstaaten bei der Stärkung der demokratischen Institutionen und beim Schutz der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechte nationaler Minderheiten.

Die Fachabteilungen des Sekretariats stärken die Widerstandsfähigkeit der Teilnehmerstaaten gegenüber Herausforderungen, die die Stabilität untergraben – wie etwa Korruption, der Wettstreit um natürliche Ressourcen, Cyberbedrohungen, Terrorismus und gewalttätiger Extremismus oder illegaler Drogen-, Waffen- und Menschenhandel.

Dass die OSZE etwas bewirken kann, zeigt sich am deutlichsten am Beispiel der Ukraine, wo uns das gelungen ist, weil Sie uns die nötigen Mitarbeiter, Gelder und Technologien zur Verfügung gestellt haben. Mit Ihrer Unterstützung spielt die OSZE seit Ausbruch der Krise im Jahre 2014 – als wir als einzige internationale Organisation von allen Konfliktseiten akzeptiert wurden – eine entscheidende Rolle.

Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) hält die internationale Gemeinschaft über die Entwicklungen vor Ort auf dem Laufenden und greift dabei, ergänzend zu ihren Patrouillen, auch in wegweisender Weise auf Technologie zurück.

Die SMM erleichtert außerdem den Dialog, entschärft Spannungen und bemüht sich mit großem Einsatz um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet. Allein dieses Jahr haben die Beobachter der SMM ungefähr 1 350 örtlich begrenzte Waffenruhen ausgehandelt, um die Instandsetzung von Strom-, Wasser- und Gasleitungen zu ermöglichen, die die Bevölkerung auf beiden Seiten der Kontaktlinie versorgen. Sie unterstützen und beobachten außerdem die Entflechtung in den drei Pilotgebieten.

Alle diese Bemühungen sollten zum Wiederaufbau des Vertrauens beitragen. Damit jedoch die Mission ihr Mandat vollständig umsetzen kann, müssen die Konfliktseiten die

Beobachter sowie die Ausrüstung der SMM achten und schützen und Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit beseitigen.

Die OSZE unterstützt auch die Bemühungen, mit denen die Trilaterale Kontaktgruppe auf die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und eine friedliche Beilegung drängt. Obwohl die Lage in der Ostukraine anhaltend labil ist, ist gerade jetzt ein besonders günstiger Zeitpunkt, um auf dem Weg zu einem nachhaltigen Frieden voranzukommen.

Wir müssen alle unser Möglichstes tun, um diese neue Dynamik zu unterstützen. Dies wird der gesamten OSZE-Region zugutekommen. Ein Frieden in der Ostukraine würde beim Wiederaufbau des Vertrauens helfen. Daher hoffe ich, dass der bevorstehende Gipfel des Normandie-Quartetts ein deutliches politisches Signal an die Konfliktseiten aussenden wird, damit sie mutige Schritte auf dem Weg zu einem Frieden für die Bevölkerung im Donbass setzen. Ein solches Signal könnte auch Ansporn sein, in anderen Konflikten in unserer Region voranzukommen. Die OSZE steht bereit, alle Schritte hin zu einem Frieden zu unterstützen.

Wir stehen auch bereit, jenen Teilnehmerstaaten entgegenzukommen, die ein stärkeres Engagement der OSZE wünschen. Dies erleben wir derzeit in Zentralasien, wo ein neuer Geist der Offenheit neue Chancen für Zusammenarbeit geschaffen hat. Unsere Außenstellen, Institutionen, das Sekretariat und die Parlamentarische Versammlung sind allesamt gerne bereit, Ersuchen um Hilfe bei der Stärkung der Sicherheit in der Region und Unterstützung bei einzelstaatlichen Reformprozessen nachzukommen.

Auch unsere Partner in Asien und im Mittelmeerraum wollen die Zusammenarbeit ausbauen. Ich hoffe, Sie werden unsere Bemühungen um eine stärkere Zusammenarbeit mit der OSZE unterstützen, zumal dieses Jahr die Mittelmeerpartnerschaft und nächstes Jahr die Asien-Partnerschaft ihr 25-jähriges Bestehen feiern.

Die aus Partnerschaften entstehenden Synergien ermöglichen uns eine effizientere und wirkungsvollere Förderung von Frieden und Sicherheit. Bemühungen um die Pflege von Partnerschaften mit anderen internationalen Organisationen sind fest in der Plattform für kooperative Sicherheit verankert, die vor 20 Jahren auf dem Gipfeltreffen von Istanbul vereinbart wurde.

Unsere Beziehungen mit den Vereinten Nationen – unserem wichtigsten Partner – haben wir bereits verstärkt. Dies führte zu einer wirkungsvolleren Zusammenarbeit, bedeutsamen Kosteneinsparungen für Sie alle und einer stärkeren Ausrichtung auf die Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Verehrte Ministerinnen und Minister,

Ihre Anwesenheit am heutigen Tage ist Ausdruck Ihres Glaubens an Zusammenarbeit und Ihrer Unterstützung für die OSZE.

Es ist klar, dass Sie um das ungeheure Potenzial der OSZE wissen. Das beweisen Sie Jahr für Jahr, indem Sie uns weitere Aufgaben anvertrauen.

Ihre hohen Erwartungen an unsere Organisation sind für uns einerseits Ansporn, andererseits, offen gestanden, auch Bürde.

Mir ist durchaus bewusst, dass die Ressourcen für alle knapp sind, und ich suche kontinuierlich nach Einsparungsmöglichkeiten. Doch die OSZE braucht Ihre konkrete Unterstützung.

Unsere einzigartige Organisation – mit ihrem umfassenden Sicherheitsansatz, ihren 18 Durchführungsorganen und 4.000 Bediensteten – fördert mit einem Haushalt von weniger als 240 Millionen Euro (darin inbegriffen das gesamte SMM-Budget) die Sicherheit der 2 Milliarden Menschen in ihrem Raum.

Ich war erfreut darüber, dass beim informellen Ministertreffen in der Hohen Tatra viele von Ihnen dazu aufgerufen haben, sich mehr in der OSZE zu engagieren und auch mehr in sie zu investieren.

Ermutigend finde ich, dass einige internationale Organisationen ihre Haushalte nicht mehr weiter kürzen. Der Europarat hat beispielsweise soeben einen Haushalt verabschiedet, der real gleich groß geblieben ist. Verehrte Ministerinnen und Minister, ich hoffe, dass Sie dies zum Anlass nehmen, Ihre OSZE-Haushaltspolitik zu überdenken. Dies ist dringend notwendig, damit unsere Organisation weiterhin in der Lage ist, ihre Mandate zu erfüllen.

Ich hoffe auch, dass Sie der Geist der im kommenden Jahr bevorstehenden Jubiläen und erneuerten Verpflichtungen dazu beflügelt, die institutionellen Fragen zu lösen, die unsere Organisation bremsen – Fragen wie beispielsweise die Beitragsschlüssel und das Fehlen einer Rechtspersönlichkeit der OSZE –, damit wir zusammen vorankommen, um unsere gemeinsame Zukunft zu bauen.

Was meinen Teil betrifft, habe ich zahlreiche Schritte gesetzt, um dafür zu sorgen, dass die OSZE angesichts neuer Herausforderungen und Chancen flexibel und handlungsfähig bleibt. Ich habe die Geschäftsabläufe im Sekretariat modernisiert und Bereiche ausgemacht, in denen die OSZE durch den Einsatz von Technologie effizienter, sicherer und wirkungsvoller werden kann – sowohl in den Außenstellen als auch in unseren eigenen Büros.

Doch für tiefgreifende Verbesserungen der Arbeitsweise der OSZE ist Ihre Unterstützung notwendig. Ich würde gerne in Zusammenarbeit mit Ihnen zu einem zweijährigen Haushaltszyklus übergehen, die Personalvertrags- und -entsendungspolitik verbessern und unsere interne Rechtspflege mit internationalen nachahmenswerten Verfahren in Einklang bringen.

Die zahlreichen Beiträge der OSZE zur Sicherheit wären nicht möglich ohne die Frauen und Männer, die in unseren Feldoperationen, unseren Institutionen und unserem Sekretariat tätig sind. Wir sind es ihnen schuldig, ihnen eine sichere, inklusive und respektvolle Arbeitsumgebung zu bieten, in der jeder gleich behandelt wird. Deswegen bekenne ich mich zu einer Politik der Nulltoleranz gegenüber allen Formen von Belästigung einschließlich sexueller Belästigung, zur Erreichung der Geschlechterparität sowie zur Sicherstellung zeitnaher und wirkungsvoller interner Governance und Rechenschaftspflicht seitens unserer Organisation.

Ich möchte allen OSZE-Mitarbeitern für ihre Anstrengungen und ihren Einsatz danken. Ich bin auch dankbar für die fortgesetzte hervorragende Zusammenarbeit zwischen

dem Sekretariat, den Feldoperationen, den Institutionen und der Parlamentarischen
Versammlung.

Ich freue mich darauf, mit dem designierten albanischen Vorsitz zusammenzuarbeiten
und Sie alle darin zu unterstützen, die wichtigen OSZE-Jubiläen mit konkreten Beiträgen zu
würdigen, die künftigen Generationen von Führungspersonlichkeiten ein Ansporn sein
werden.

Vielen Dank.

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
AN DEN MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE UND EUROPÄISCHE
ANGELEGENHEITEN DER SLOWAKEI, DEN VORSITZENDEN DES
SECHSUNDZWANZIGSTEN TREFFENS DES
MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 14 zu MC(26) Journal vom 5. und 6. Dezember 2019)

Als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) darf ich Sie über die Aktivitäten des Forums im Jahr 2019 informieren.

Dieses Schreiben entstand in Abstimmung mit den vorhergehenden Vorsitzen des FSK im Jahr 2019, der Schweiz und Tadschikistan. Die Vorsitze arbeiteten 2019 eng zusammen, um bei der Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums für Kontinuität und Effizienz zu sorgen.

Ausgehend von mehreren Initiativen von Teilnehmerstaaten wurden fünf Beschlüsse verabschiedet, die alle die Umsetzung bestehender Verpflichtungen unterstützen sollten.

Die strategischen Diskussionen im Zuge der Sicherheitsdialoge unterstrichen die Bedeutung des FSK als Dialogplattform für Sicherheitsfragen, die uns alle angehen und Anlass zu Besorgnis sind. Obwohl die Lage in und um die Ukraine auch in diesem Jahr beherrschendes Thema der Erörterungen im FSK blieb, fanden auch lebhaftere Diskussionen zu folgenden Themenbereichen statt: subregionale militärische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit, normative und projektbezogene Aspekte im Bereich Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), Umsetzung der Agenda zu Frauen und Frieden und Sicherheit, Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, das Wiener Dokument 2011 und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), private Militär- und Sicherheitsunternehmen und Aspekte moderner Kriegführung. Die drei FSK-Vorsitze des Jahres 2019 regten durch die Veranstaltung von insgesamt 21 Sicherheitsdialogen die Debatte an.

Im Hinblick auf die Förderung der regionalen Stabilität sowie der umfassenden und kooperativen Sicherheit widmeten die drei FSK-Vorsitze des Jahres 2019 insgesamt fünf Sicherheitsdialoge der subregionalen militärischen Verteidigungszusammenarbeit; dabei ging es in geografischer Hinsicht um die Visegrád-Gruppe, um regionale Organisationen in Zentralasien und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Insbesondere unter dem Schweizer FSK-Vorsitz bildete die regionale Zusammenarbeit zur Förderung des Ansatzes „Transparenz und Vertrauen“ den Schwerpunkt der Sicherheitsdialoge. Unter dem tadschikischen FSK-Vorsitz wurden die politisch-militärischen Aspekte des Grenzmanagements und die Herausforderungen und Chancen des regionalen Ansatzes in Zentralasien, die Rolle der VSBM in Zentralasien und Synergien zwischen regionalen Organisationen und der OSZE erörtert. Der Sicherheitsdialog zur militärischen Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe wurde vom tschechischen FSK-Vorsitz veranstaltet.

Gemäß den in OSZE-Dokumenten sowie in vielen FSK- und MR-Beschlüssen zu SALW und SCA erteilten Aufträgen haben alle drei FSK-Vorsitze eine Reihe diesbezüglicher

Aktivitäten durchgeführt. Angesichts der beeindruckenden Ergebnisse in Bezug auf die Durchführung vieler Projektaktivitäten war der Themenkomplex SALW und SCA das ganze Jahr hindurch einer der beständigsten und erfolgversprechendsten Tagesordnungspunkte des FSK; dem Thema wurden im Jahresverlauf insgesamt fünf Sicherheitsdialoge und viele informelle Treffen gewidmet. Die Bemühungen der OSZE galten insbesondere der Überprüfung und Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und konventioneller Munition; dabei wurde noch vor Ende 2019 ein klarer Fahrplan für diesen Prozess vereinbart. Bedauerlicherweise kam das OSZE-Treffen zur Überprüfung der Umsetzung der Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA – trotz des festen Bekenntnisses aller Teilnehmerstaaten gemäß dem auf dem Ministerrat 2017 verabschiedeten Beschluss – mangels Einigung auf eine Tagesordnung nicht zustande.

Ein weiteres Thema, das uns das ganze Jahr begleitete, war die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der 15. Jahrestag der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, zu dem sowohl der tadschikische als auch der tschechische FSK-Vorsitz jeweils einen Sicherheitsdialog veranstalteten.

Alle drei FSK-Vorsitze befassten sich in enger Zusammenarbeit mit dem slowakischen OSZE-Vorsitz und dem Ständigen Rat der OSZE mit für beide Gremien relevanten dimensionenübergreifenden Fragen, ganz im Sinne des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. Zu diesem Zweck wurden vier gemeinsame Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates abgehalten: zwei zum Strukturierten Dialog, eine zu Governance und Reform des Sicherheitssektors und eine zu Erkenntnissen auf dem Gebiet der Konfliktlösung.

Unter dem Schweizer FSK-Vorsitz fand im März 2019 das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) statt. Unter der Federführung Litauens und Liechtensteins gab es Gelegenheit, verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der aktuellen und künftigen Umsetzung vereinbarter VSBM zur Sprache zu bringen und zu erörtern. Die Aussprachen im Zuge des AIAM führten zu einer Reihe von Vorschlägen für eine wirksamere Umsetzung der heutigen VSBM und deren künftige Verbesserung. Besonderes Augenmerk wurde der Wiederbelebung der Diskussionen über VSBM in der Arbeitsgruppe A zuteil. Diesbezüglich gab es mehrere Anregungen zur verbesserten Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen, darunter auch jene betreffend die Kontaktstellen für gefährliche Zwischenfälle militärischer Art sowie Hauptwaffensysteme und Großgerät. Darüber hinaus organisierte der FSK-Koordinator für das Wiener Dokument einen Expertenworkshop zum Datenaustausch über Hauptwaffensysteme und Großgerät. Im Bemühen um eine Anpassung des Wiener Dokuments an die aktuellen politisch-militärischen Gegebenheiten und technischen Entwicklungen wurde ferner von einer Gruppe von 32 Teilnehmerstaaten aufbauend auf früheren Anregungen ein Vorschlag zu einem Wiener Dokument Plus vorgelegt.

Die achte jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fand im Juni 2019 unter dem tadschikischen FSK-Vorsitz statt. Das Treffen gab den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zur Überprüfung der Durchsetzung des Verhaltenskodex und zum Meinungsaustausch darüber, wie sich seine Umsetzung weiter verbessern ließe. Im Mai 2019 nahm der tadschikische FSK-Vorsitzende an einem nach FSK-Beschluss Nr. 1/08 vom Konfliktverhütungszentrum (KVZ) und Zypern veranstalteten Seminar zum OSZE-Verhaltenskodex über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit in Zypern teil, bei dem sich die Teilnehmerstaaten über die wichtigsten Prinzipien

und Verpflichtungen des Kodex austauschten. Im Oktober nahm der tschechische FSK-Vorsitzende am Gedenksymposium „Von Budapest bis Budapest (1994 – 2019)“ teil, das vom KVZ gemeinsam mit Ungarn veranstaltet wurde, um sich über die Lehren aus der Arbeit am Verhaltenskodex in den letzten 25 Jahren auszutauschen.

Das FSK trug im Rahmen seines Mandats auch zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2019 bei und lieferte dabei Beiträge zu einschlägigen Sitzungen mit Schwerpunkt auf politisch-militärischen Elementen, darunter konventionelle Rüstungskontrolle und VSBM.

2019 fanden mit Blick auf den 2020 bevorstehenden 20. Jahrestag der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen drei Sicherheitsdialoge zur Gleichstellung der Geschlechter statt, und zwar zu folgenden Themen: Einbeziehung von Genderperspektiven in die politisch-militärische Dimension, Rolle des Militärs bei der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Stärkung der Rolle von Frauen bei Einsätzen im Zusammenhang mit Konflikten und in Friedenszeiten.

Abschließend sei festgehalten, dass das Forum für Sicherheitskooperation 2019 wie in den Jahren zuvor eine wichtige Plattform für Dialog und Beschlussfassung und den Teilnehmerstaaten zugleich ein Forum zur Erörterung von Angelegenheiten betreffend Rüstungskontrolle und VSBM, insbesondere des Wiener Dokuments, bot. Aus dem gemeinsamen Vorschlag für ein Wiener Dokument Plus lässt sich ablesen, dass viele Teilnehmerstaaten sich der Notwendigkeit einer Modernisierung des Wiener Dokuments bewusst sind, was zeigt, wie wichtig es ist, die wertvollen Bemühungen in der Arbeitsgruppe A fortzusetzen.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN AN DAS
SECHSUNDZWANZIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS

(MC.GAL/4/19) vom 2. Dezember 2019)

Während seines Vorsitzes in der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien (im Folgenden die „Asien-Kontaktgruppe“) 2019 hat Italien den Schwerpunkt auf die weitere Förderung eines offenen und interaktiven Dialogs zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern in Asien gelegt. Bei der Erarbeitung der Agenda der Asien-Kontaktgruppe arbeitete Italien mit dem slowakischen OSZE-Vorsitz und insbesondere mit den Partnern in Asien zusammen, um sicherzustellen, dass die Prioritäten dieser Länder darin ihren Niederschlag finden und ihr ein bedarfsorientierter Ansatz zugrunde liegt. Diese Zusammenarbeit hat dafür gesorgt, dass die Agenda sowohl den Interessen und Anliegen der Partner in Asien Rechnung trägt als auch dem OSZE-Vorsitz bei der Verwirklichung seiner eigenen Prioritäten behilflich sein konnte.

2019 fanden in Wien fünf Treffen der Asien-Kontaktgruppe statt, bei denen die OSZE-Teilnehmerstaaten und die Partner in Asien entsprechend den im Dezember 2018 in Mailand verabschiedeten Ministerratsbeschlüssen zeitnah wichtige Sicherheitsfragen erörterten, die für alle Seiten von Interesse waren, und nachahmenswerte Verfahren und Erfahrungen austauschten. Bei jedem Treffen waren Impulsreferate von Rednern aus einem Partnerland in Asien vorgesehen sowie Vorträge zu den jeweiligen Themen von Experten aus internationalen Organisationen, Diplomaten, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Das erste Treffen der Asien-Kontaktgruppe am 5. April 2019 war dem Thema des Bekenntnisses der OSZE zu Frauen und Frieden und Sicherheit gewidmet und wurde in Zusammenarbeit mit Japan organisiert. Der Ständige Vertreter Italiens bei der OSZE und Vorsitzende der Kontaktgruppe, S. E. A. Azzoni, wies darauf hin, dass es Italien bei der Organisation des Treffens um eine Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Geschlechtergleichstellung als Querschnittsmaterie (Gender Mainstreaming) in allen drei Dimensionen der OSZE gegangen sei. Sein Land habe dieses Bekenntnis schon im Zuge seines OSZE-Vorsitzes im Jahr 2018 deutlich gemacht, dessen Abschluss die erfolgreiche Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses Nr. 4/18 (MC.DEC/4/18/Corr.1) über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gebildet habe. Die stellvertretende Ständige Vertreterin der Slowakei, I. E. K. Žáková, stellte die Prioritäten des slowakischen OSZE-Vorsitzes für 2019 vor. Sie unterstrich die Bedeutung der Agenda betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit für die OSZE im Allgemeinen sowie für den Vorsitz und die Rolle der Asien-Kontaktgruppe bei deren Förderung. Der Ständige Vertreter Japans bei der OSZE, S. E. K. Koinuma, erklärte, die Ermächtigung der Frauen sei der Schlüssel zur Ermächtigung von Gesellschaften als Ganze. Er erwähnte auch die fünfte *World Assembly for Women*, die im März in Tokio stattgefunden und zu verschiedenen sachdienlichen Empfehlungen geführt hatte. M. Kubota, leitende Beraterin für Gleichstellungsfragen im Bereich Gender und Entwicklung bei der Japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit, sprach über ihre Erfahrungen in der Praxis und erläuterte, wie Japan zur Förderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit beiträgt. Sie stellte verschiedene Projekte und Initiativen vor, mit denen der Zugang von Frauen zur Gesundheitsversorgung unterstützt, ihre

Lebensbedingungen verbessert sowie ihre Teilhabe an der Staatsbildung und ihre führende Rolle dabei gestärkt und außerdem sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt bekämpft werden sollen. G. Alieva aus Kirgisistan, Polizeioberst i. R. und Expertin für Genderfragen im Strafverfolgungsbereich, stellte die Vereinigung der Polizistinnen Kirgisistans vor, eine Initiative, die von der früheren kirgisischen Präsidentin R. Otunbajewa unterstützt wird. Außerdem beschrieb sie die konkreten Maßnahmen, die in Kirgisistan im Sinne der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durchgeführt werden, insbesondere mit Blick auf die Arbeit von Frauen im kirgisischen Parlament (Dschogorku Kengesch) und auf lokaler Ebene zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, sowie zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus selbst. Der Generalsekretär der italienischen Sektion des Netzwerks *Women in International Security* (WIIS), E. M. Le Fevre Cervini, stellte die Tätigkeit seiner Organisation vor. Er erläuterte, dass es sich bei WIIS um ein weltweites Netzwerk handle, das sich der Förderung von Frauen in Führungsrollen und ihre Stärkung im Beruf auf dem Gebiet der internationalen Bemühungen um Frieden und Sicherheit verschrieben habe. Die Delegationen, die sich beim Treffen zu Wort meldeten, informierten über ihre nationalen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit. Zahlreiche Delegationen betonten auch die Rolle junger Menschen bei der Verhütung und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Radikalisierung.

Das zweite Treffen der Asien-Kontaktgruppe, das in Zusammenarbeit mit Thailand ausgerichtet wurde, fand am 17. Mai 2019 statt und war dem Thema der Weiterentwicklung von Partnerschaften im Interesse einer nachhaltigen Sicherheit gewidmet. S. E. A. Azzoni, Ständiger Vertreter Italiens bei der OSZE und Vorsitzender der Kontaktgruppe, eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, dass der thailändische Vorsitz im Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) im Jahre 2019 eine gute Gelegenheit für einen genaueren Blick auf den gegenwärtigen Stand des Austauschs zwischen OSZE und ASEAN biete. Thailand, so betonte er, könne als Brückenbauer den Dialog zwischen den beiden Organisationen intensivieren und Synergien zwischen ihnen fördern. Die Ständige Vertreterin Thailands bei der OSZE, I. E. M. Sriswasdi, sprach über die Prioritäten ihres Landes für dessen ASEAN-Vorsitz, der unter dem Motto der Weiterentwicklung von Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung stand. Sie stellte die *ASEAN Community Vision 2025* vor, die den Staatenverband als weltoffene Gemeinschaft mit dem Menschen im Mittelpunkt sieht, in der alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Verantwortung für die Bewahrung des Friedens und der Sicherheit tragen – und dies nicht nur in der eigenen Region, sondern auch darüber hinaus. S. E. P. Bekkers, Direktor des Büros des OSZE-Generalsekretärs, hob die Rolle beider regionalen Organisationen bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen hervor und erinnerte an den jüngsten Vorschlag, die Partnerschaft zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien neu zu beleben. Dabei sei es wichtig, Chancen und Trends mit Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität in Europa und Asien zu erkennen und längerfristige Zielsetzungen festzulegen. Der Vorsitzende des Leitungsrats des Instituts für Frieden und Versöhnung des ASEAN, D. Sukontasap, ging ausführlich darauf ein, wie der Partnerschaft zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien neuer Schwung verliehen werden könnte, insbesondere durch die Benennung von Kontaktpunkten für diverse Fragen in Bezug auf Frieden und Sicherheit, die Ermittlung von Schwerpunktbereichen und die jährliche Planung. Die Nationale Referentin für Umweltangelegenheiten in der OSZE-Mission in Serbien, O. Zurovac-Kuzman, konzentrierte sich auf die Bemühungen der Mission, die Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. S. Calvani, Leitender Berater für strategische Planung der Mae Fah Luang-Stiftung (eine gemeinnützige Organisation in, die sich mit Entwicklungsförderung im

kommunalen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich Thailand beschäftigt), berichtete über die Erfahrung der Stiftung bei der Herstellung dauerhafter Sicherheit nach einem Konflikt. Die Delegationen, die sich beim Treffen zu Wort meldeten, stimmten prinzipiell darin überein, dass es wichtig sei, eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ASEAN auszuloten; sie betonten auch die Notwendigkeit, Synergien zu schaffen. Der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, S. E. V. Žugić, wies zum Abschluss des Treffens darauf hin, dass die Schwerpunkte des thailändischen ASEAN-Vorsitzes und des OSZE-Vorsitzes sehr ähnlich seien und einander ergänzten.

Der Generalsekretär der OSZE, S. E. T. Greminger, nahm selbst an dem dritten Treffen der Asien-Kontaktgruppe teil, das am 28. Juni 2019 in Partnerschaft mit Australien zum Thema „Bekämpfung von Menschenhandel und moderner Sklaverei“ veranstaltet wurde. Er betonte in seinen Ausführungen, wie eng der multidimensionale (oder dimensionenübergreifende) Ansatz der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, insbesondere mit den Zielen 5.2 und 8.7. zusammenhänge. Zudem wies er darauf hin, wie wichtig eine verstärkte Koordinierung sei, und erklärte die Bereitschaft der OSZE, eine führende Rolle in der Interinstitutionellen Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels zu übernehmen – einer Plattform, in der die OSZE 2019 gemeinsam mit UN Women den Vorsitz führte. Der Gesandte für innere Angelegenheiten an der Ständigen Vertretung Australiens bei den VN und anderen internationalen Organisationen in Genf, S. McGlynn, erläuterte Rechtsvorschriften, die in Zusammenarbeit mit Vertretern des Privatsektors ausgearbeitet wurden, und stellte den australischen "Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Menschenhandel und Sklaverei 2015-19" vor. Bezugnehmend auf den Bali-Prozess betreffend Menschenschmuggel, Menschenhandel und damit zusammenhängende grenzüberschreitende Kriminalität betonte er, dass es das erste große Grundsatzdokument sei, das sich mit dem Thema der modernen Sklaverei befasst. Die nächste Vortragende, E. Ilyuchok, selbst Opfer von Menschenhandel, berichtete über ihre traumatischen Erfahrungen in der Zwangsprostitution in Thailand. Der Amtierende Koordinator der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, V. Richey, ging auf die Bemühungen der OSZE um die Bekämpfung des Menschenhandels ein. Auch sah er darin eine Chance für eine Partnerschaft und Koordinierung, ebenso wie im Hinblick auf die damit zusammenhängenden Bemühungen, die Nutzung von Gütern und Dienstleistungen, die von Opfern des Menschenhandels erbracht werden, zu unterbinden, woran man jedoch ganzheitlich herangehen müsse. Die Vertreter der Kooperationspartner in Asien tauschten sich über ihre jeweiligen nationalen Aktionspläne aus, insbesondere über die Verpflichtungen im Rahmen des Bali-Prozesses. Auf Einladung des slowakischen OSZE-Vorsitzes berichtete ein Vertreter des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) über Empfehlungen für entsprechende Maßnahmen, wie die Identifizierung von Opfern des Menschenhandels, die unter Umständen Anspruch auf Flüchtlingsstatus haben und die Verringerung der Anzahl von Staatenlosen unter den Opfern. Zudem erinnerte er daran, dass Partnerschaften wichtig seien, um eine „Zukunft ohne Menschenhandel“ zu verwirklichen. Abschließend betonte die Ständige Vertreterin Italiens bei den VN in Wien, I. E. M. Assunta Accili, dass es wichtig sei, „Träume zu haben, die zum Handeln anregen“, auch wenn manche der Meinung seien, ein Ende der Ausbeutung von Menschen sei utopisch. Diesbezüglich erwähnte sie die wichtige Rolle des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Übereinkommen von Palermo) und insbesondere eines der drei Zusatzprotokolle, nämlich das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, das von 175 VN-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Laut dem vom Büro der

Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung veröffentlichten „Weltbericht über den Menschenhandel 2018“ standen in 168 VN-Mitgliedstaaten die Rechtsvorschriften im Einklang mit dem erwähnten Protokoll.

Das vierte Treffen der Asien-Kontaktgruppe mit dem Schwerpunkt „Die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel und künftige Perspektiven“ fand am 19. Juli 2019 statt. Das Treffen wurde in Zusammenarbeit mit der Republik Korea veranstaltet. S. E. C. Shin, der erstmals als Ständiger Vertreter der Republik Korea an einer OSZE-Veranstaltung teilnahm, bezeichnete die Arbeit und Aktivitäten der Organisation als Quelle der Inspiration nicht nur für die koreanische Halbinsel, sondern auch darüber hinaus; sein Land wolle die Zusammenarbeit mit der OSZE durch den Austausch von Erfahrungen und nachahmenswerter Verfahren vertiefen. Er betonte, dass man auf der koreanischen Halbinsel seit den 1950er-Jahren mit der Gefahr eines drohenden Krieges lebe, und ein neuerlicher militärischer Konflikt müsse um jeden Preis vermieden werden. Er ging kurz auf die jüngsten Entwicklungen ein, insbesondere auf die Annäherung während der Olympischen Winterspiele 2018 in Pyeongchang, die Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea und das trilaterale Treffen der Staatschefs der Demokratische Volksrepublik Korea, der Republik Korea und der Vereinigten Staaten von Amerika am 30. Juni in Panmunjom. Denuklearisierung sei der erste wichtige Schritt, ohne den keine bedeutsame wirtschaftliche Entwicklung möglich sei. Er hob das starke Bekenntnis der Staatschefs beider Koreas, der Vereinigten Staaten von Amerika, Chinas und der Russischen Föderation zu einer friedlichen Lösung der nuklearen Frage hervor, und rief zur Geduld gegenüber der Demokratische Volksrepublik Korea auf, denn der Wiederaufbau von Vertrauen benötige Zeit. Der Direktor des Konfliktverhütungszentrums der OSZE, S. E. M. Pesko, berichtete über nachahmenswerte Verfahren und Erfahrungen der Organisation, aus denen man lernen könne, wobei er sich auf vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen konzentrierte. Der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen sei ein längerer Prozess und regelmäßige Kontakte auf militärischer Ebene – sowohl auf Führungs- als auch auf Expertenebene – seien dafür unverzichtbar. Darüber hinaus sei politischer Wille entscheidend für Fortschritte. Der Generaldirektor des Büros für ein Friedensregime auf der koreanischen Halbinsel im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea, Dong-yeol Rhee, beleuchtete die aktuelle Lage auf der Halbinsel, insbesondere die Entwicklungen im Friedensprozess, die letzten Gipfel und neue Vorschläge. Die Exekutivdirektorin des Wiener Zentrums für Abrüstung und Non-Proliferation, Elena Sokova, betonte, dass ohne die Lösung der nuklearen Frage die Herstellung und Sicherung eines dauerhaften Friedens auf der koreanischen Halbinsel nicht möglich sei, und rief zu einem systematischen Herangehen auf. M.-M. Jaarva, Referentin für Mediationsunterstützung der OSZE, stellte verschiedene OSZE-Institutionen und Mechanismen für Konfliktmanagement und Konfliktlösung vor, darunter den Amtierenden Vorsitzenden, den Generalsekretär, die Sonderbeauftragten und das Konfliktverhütungszentrum. Die meisten Delegationen begrüßten in ihren Wortmeldungen die jüngsten Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel, betonten die Bedeutung einer vollständigen, verifizierbaren und nicht wieder rückgängig zu machenden Denuklearisierung und riefen zur anhaltenden Umsetzung der Sanktionen auf.

Die OSZE-Asienkonferenz zum Thema „Wie lässt sich umfassende Sicherheit im digitalen Zeitalter verwirklichen? Perspektiven der OSZE und ihrer Partner in Asien“ fand am 2. und 3. September 2019 in Tokio statt. Alle fünf Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Australien, Japan, die Republik Korea und Thailand) und 36 OSZE-Teilnehmerstaaten waren auf der Konferenz vertreten. Über 130 politische Vertreter und politische Experten, Fachleute aus der Praxis von internationalen, regionalen und sub-

regionalen Organisationen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft aus dem gesamten OSZE-Raum und den Ländern der asiatischen Partner kamen zusammen, um Wege auszuloten, wie die gemeinsamen Sicherheits Herausforderungen, die sich aus dem Einsatz digitaler Technologie ergeben, bewältigt werden können. Bei der Eröffnungssitzung führte die Staatsministerin für auswärtige Angelegenheiten von Japan, I. E. Toshiko Abe, den Vorsitz. Die Schlussitzung wurde vom Stellvertretenden Generaldirektor des Büros für europäische Angelegenheiten im japanischen Außenministerium, H. Uyama, moderiert. Die Hauptreferate der Eröffnungssitzung wurden vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakei, S. E. M. Lajčák, dem Ständige Vertreter Italiens bei der OSZE und Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien, S. E. A. Azzoni und dem Direktor des Büros des Generalsekretärs, S. E. P. Bekkers, gehalten. Alle Vortragenden stimmten überein, dass die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern in Asien unabdingbar sei, um umfassende Sicherheit im digitalen Zeitalter zu verwirklichen. Auf die Eröffnungsreferate folgten drei thematische Sitzungen, die alle drei Sicherheitsdimensionen abdeckten und sich auf konkrete aktuelle Themen konzentrierten, nämlich die Bewältigung von IKT-Sicherheitsrisiken im digitalen Zeitalter, die digitale Wirtschaft als treibende Kraft für die Förderung von Zusammenarbeit und Risiken für die Sicherheit von Journalisten im digitalen Zeitalter. Am Rande der Konferenz fand eine Veranstaltung zum Thema „Sicherheit erhöhen, Partnerschaften aufbauen: Die Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Feldoperationen in Zentralasien und Afghanistan beim Grenzmanagement“ statt, bei der darauf hingewiesen wurde, wie die OSZE seit 2009 die Professionalisierung von Grenzschutzbeamten des mittleren und höheren Diensts in Afghanistan, in erster Linie durch außerbudgetäre Beiträge, gefördert habe. In seinem Schlusswort bekräftigte der Ständige Vertreter Italiens bei der OSZE und Vorsitzende der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien, S. E. Alessandro Azzoni, das Bekenntnis seines Landes zur Partnerschaft in Asien und seine ungebrochene Bereitschaft, den engen Zusammenhang zwischen der Sicherheitslage im OSZE-Raum und in der asiatisch-pazifischen Region weiter zu erkunden. Im Namen des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE bekräftigte abschließend M. Končal, Gesandter der Ständigen Vertretung der Slowakei bei der OSZE, die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit, der Sicherheit von Journalisten und dem Schutz kritischer Infrastruktur. Die Slowakei als designierter Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe werde sich 2020 um eine strategischere Partnerschaft bemühen.

Das fünfte Treffen der Asien-Kontaktgruppe am 22. November 2019 konzentrierte sich aufbauend auf den Erörterungen der OSZE-Asienkonferenz im September in Tokio, auf der eine Sitzung dem Thema der Risiken für die Sicherheit von Journalisten im digitalen Zeitalter gewidmet war, auf das Thema „Demokratische Institutionen und die Sicherheit von Journalisten in Afghanistan“. Das Treffen wurde von Afghanistan mitveranstaltet. Der Ständige Vertreter Italiens bei der OSZE und Vorsitzende der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien, S. E. A. Azzoni, eröffnete das Treffen mit der Feststellung, dass in Afghanistan seit dem Sturz der Taliban 2001 spürbare Fortschritte erzielt worden seien. Er unterstrich auch die Bedeutung des Ministerratsbeschlusses Nr.3/18 (MC.DEC/3/18/Corr.1) über die Sicherheit von Journalisten und wies auf den offensichtlichen Zusammenhang zwischen demokratischen Institutionen und der Sicherheit von Journalisten hin. Der Generalsekretär der OSZE, S. E. T. Greminger, wies auf das beeindruckende Programm der Treffen der Asien-Kontaktgruppe 2019 hin. Er betonte, der 25. Jahrestag der Asien-Partnerschaft der OSZE im Jahr 2020 müsse als Chance betrachtet werden, auf eine strategischere Partnerschaft hinzuarbeiten und bekundete seine

Unterstützung für den Entwurf einer Ministerratserklärung zur Partnerschaft zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien. Die Ständige Vertreterin Afghanistans bei der OSZE, I. E. K. Ebrahimkhel, ging auf die demokratischen Veränderungen der letzten Jahre in ihrem Land ein. Sie erwähnte insbesondere die Veränderung der Rolle der Frauen, die nun als „Akteure des Wandels und der Demokratie“ betrachtet würden und einen wichtigen Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung Afghanistans zu leisten hätten. In Bezug auf die Präsidentenwahl 2019 merkte sie an, die Afghanen seien zu den Wahlen gegangen, um ihrem Glauben an die Demokratie Nachdruck zu verleihen. Sie erwähnte auch die positiven Veränderungen im Medienbereich: viele private Radio- und TV-Unternehmen, die landesweit sendeten, seien entstanden. I. E. K. Ebrahimkhel ermahnte abschließend die internationale Gemeinschaft, das afghanische Volk in seinem Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. S. Mahdi, Journalistin und Büroleiterin von Radio Azadi in Kabul, hielt einen Vortrag über Frieden und freie Meinungsäußerung in Afghanistan. Die Chefberaterin des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, K. Olson, rief zur Unterstützung sowohl staatlicher als auch unabhängiger Initiativen auf, die den Ministerratsbeschluss Nr. 3/18 (MC.DEC/3/18/Corr.1) über die Sicherheit von Journalisten berücksichtigen. Sie unterstrich den Wert von Initiativen, die von mehreren Interessengruppen getragen werden und die Bedeutung der Umsetzung von Vorschriften, die im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen stehen, um die freie Meinungsäußerung online zu gewährleisten. Auch die Förderung von konkreten Maßnahmen für den Schutz und die Sicherheit von Journalistinnen sei wichtig. Nach der themenbezogenen Aussprache stellte S. E. A. Azzoni den Entwurf einer Erklärung zur Asien-Partnerschaft der OSZE vor und ermutigte die Teilnehmerstaaten, den Text auf dem Ministerratstreffen im Dezember in Bratislava zu verabschieden. Er forderte die Teilnehmerstaaten auch dazu auf, einen Beschlussentwurf zur Änderung der Geschäftsordnung der OSZE – insbesondere der Vorschrift über die Bestimmung der Reihenfolge der Erklärungen der Teilnehmerstaaten durch das Los – zu unterstützen, damit die Delegationsleiter der Partnerländer auf dem Ministerratstreffen unmittelbar nach den Delegationsleitern gleichen Ranges der Teilnehmerstaaten das Wort ergreifen können. Die Erste Referentin für externe Zusammenarbeit im Büro des Generalsekretärs, M. König, kündigte an, das Projekt „Placement of experts from OSCE Partners for Co-operation“ werde 2020 wiederaufgenommen. Das überarbeitete auf fünf Jahre angelegte Projekt biete bis zu fünf jungen Diplomaten pro Jahr die Möglichkeit, eine Woche lang die Aktivitäten einer Hauptabteilung, einer Abteilung oder eines Referats des OSZE-Sekretariats kennenzulernen, und sich anschließend während einer zweiwöchigen Sommerakademie eingehend über die Geschichte, die Arbeitsweise und die aktuelle Arbeit der Organisation zu informieren.

Der italienische Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe sprach allen Kooperationspartnern in Asien und den Teilnehmerstaaten seinen aufrichtigen Dank für ihr Engagement und ihren Einsatz im Rahmen der Asien-Partnerschaft der OSZE aus. Italien wünscht dem designierten slowakischen Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe gutes Gelingen und viel Erfolg und empfiehlt nachdrücklich die Fortsetzung und Weiterentwicklung des breiten, fruchtbaren und produktiven Dialogs mit den Partnern in Asien, sowohl im Rahmen von regelmäßigen Treffen in Wien als auch im Zuge von jährlichen Veranstaltungen auf hoher Ebene wie der OSZE-Asienkonferenz.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE
FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM
AN DAS SECHSUNDZWANZIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS
(MC.GAL/5/19 vom 3. Dezember 2019)

Albanien ist die Stärkung und Weiterentwicklung der Beziehungen der OSZE mit ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum ein Herzensanliegen. In der Zeit seines Vorsitzes in der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum (im Folgenden die „Mittelmeer-Kontaktgruppe“) im Jahre 2019 förderte Albanien einen inklusiven politischen Dialog, wobei es bedarfsorientiert auf die Interessen und Prioritäten der Partner im Mittelmeerraum einging. Der 25. Jahrestag der Mittelmeer-Kontaktgruppe, der 2019 begangen wurde, war eine willkommene Gelegenheit zu Überlegungen zur Zukunft der Mittelmeer-Partnerschaft und zu den einschlägigen Mechanismen und Instrumenten. In Abstimmung mit dem slowakischen OSZE-Vorsitz 2019 und im Einklang mit den Bemühungen der vorangegangenen Vorsitze der Mittelmeer-Kontaktgruppe war Albanien bestrebt, die Partnerschaft aufbauend auf den Erfolgen der letzten Jahre noch weiter zu intensivieren.

In diesem Jahr wurden in Wien sechs Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe abgehalten, die eine wertvolle Plattform für den Informationsaustausch, den Dialog und den Austausch vorbildlicher Verfahren zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum boten. Die Auswahl der Themen der sechs Treffen erfolgte gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern, um die ganze Bandbreite an Themen zu erfassen, die den verschiedenen Partnerländern am Herzen liegen, und die Prioritäten des slowakischen OSZE-Vorsitzes 2019 zu unterstützen.

Zusätzlich zu den Treffen der Kontaktgruppe fand am 7. und 8. Juni 2019 eine eigene Botschafterklausur in Valletta statt, auf der anlässlich ihres 25. Jahrestags Bilanz über die Mittelmeerpartnerschaft gezogen werden sollte. Die Erörterungen im Zuge dieser Klausur flossen in die jährliche Mittelmeerkonferenz am 24. und 25. Oktober 2019 in Tirana zum Thema „Die Mittelmeer-Kontaktgruppe wird 25: Erfolge, Herausforderungen und Zukunftschancen für die Partnerschaft“ ein. Unter diesem Motto beging die Konferenz den denkwürdigen Jahrestag mit Blick auf die nächsten 25 Jahre der Partnerschaft und förderte damit einen Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Mittelmeerpartnern über das bisher Erreichte und darüber, wie der OSZE-Ansatz für die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum verbessert werden kann.

Auf dem ersten Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe am 19. März 2019 stellte die stellvertretende Ministerin für Europa und auswärtige Angelegenheiten von Albanien I. E. A. Malo das ausgewogene Prioritätenpaket des Vorsitzes vor, das maßgebliche Elemente für alle drei OSZE-Dimensionen enthielt, und betonte, wie wichtig die Kontinuität mit den vorhergehenden Vorsitzen sei. Sie wies auch darauf hin, dass der 25. Jahrestag der Mittelmeer-Kontaktgruppe eine einmalige Gelegenheit sei, um den Blick auf das bisher Erreichte zu richten. S. E. T. Greminger, Generalsekretär der OSZE, wies darauf hin, dass die Mittelmeerpartner ihr Engagement in den letzten Jahren verstärkt hätten und es nun darauf ankomme, diese Dynamik beizubehalten. Auch er betonte, wie wichtig Kontinuität sei, und rief zu einer strategischeren Herangehensweise an die Partnerschaft auf. Im Namen des slowakischen OSZE-Vorsitzes verwies S. E. R. Boháč ebenfalls auf die Notwendigkeit

langfristiger Kontinuität und ging auf das besondere Engagement der Slowakei für das Thema Jugend ein. Alle Kooperationspartner im Mittelmeerraum sowie die Teilnehmerstaaten der OSZE brachten ihre rückhaltlose Unterstützung für die Prioritäten zum Ausdruck, die sich Albanien als Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe vorgenommen hatte, und begrüßten die Verbreiterung des politischen Profils der Gruppe.

Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Thema – „Die Rolle der Jugend bei der Förderung von Dialog, Zusammenarbeit und Sicherheit in der Mittelmeerregion“ – stellte die stellvertretende Generalsekretärin für soziale und zivile Angelegenheiten der Union für den Mittelmeerraum Laurence Païs fest, dass 60 Prozent der Bevölkerung der Mittelmeerregion unter 30 seien – was in mancherlei Hinsicht Anlass zu Besorgnis gebe, aber auch als Chance zu sehen sei. Abschließend bekräftigte sie, dass die Union für den Mittelmeerraum großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der OSZE und anderen regionalen Organisationen habe. S. E. H. Boukrif, Generaldirektor für Politikprognose, -programmierung und -planung im algerischen Außenministerium, stellte in seinem Referat die Jugend von heute in den Mittelpunkt, die er für gut ausgebildet und vernetzt hält. Man müsse sich mit den eigentlichen Ursachen des Problems der Jugendmigration auseinandersetzen. S. Toumi aus Tunesien, Gründerin von *Acacias for All* (einem privatwirtschaftlichen Unternehmen, das sich gegen Wüstenbildung, Armut und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern einsetzt), ging in erster Linie darauf ein, wie man Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen könne. Der Geschäftsführer der israelischen Initiative Zikaron Ba Salon (*Memories in the living room*) E. Shoshan beschrieb, wie man durch Veranstaltungen im Rahmen dieser Initiative dazu beigetragen habe, unter Jugendlichen die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten. Die Sportlerin und Bioinformatikerin D. ElHarouni aus Ägypten sprach über das von ihrem Land initiierte *Presidential Leadership Programme*, das speziell auf junge Führungskräfte ausgerichtet sei. In der anschließenden Diskussion wurden von vielen Delegationen die Fragen Arbeitslosigkeit, Bildung, politische Teilhabe und die Rolle der Jugend bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Radikalisierung angesprochen.

Das zweite Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe am 13. Mai 2019 befasste sich mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Rückkehr ausländischer terroristischer Kämpfer und ihrer Familien in ihre Herkunftsländer. In seiner Eröffnungsrede stellte S. E. I. Hasani, Ständiger Vertreter Albaniens bei der OSZE und Vorsitzender der Mittelmeer-Kontaktgruppe, fest, dass es weitere Anstrengungen in der Frage bedürfe, wie mit ausländischen terroristischen Kämpfern in Haftanstalten und danach umzugehen sei und wie man begleitende Familienmitglieder, die nicht direkt an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren, unterstützen könne. Er betonte ferner, dass es wirksame Programme für die Rehabilitation und Wiedereingliederung dieser Personen in die Gesellschaft brauche. Die OSZE-Koordinatorin für Aktivitäten zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen R. Ostrauskaite beschrieb die Bemühungen der OSZE im Zusammenhang mit dem Thema dieses Treffens und erläuterte, dass das Problem der ausländischen terroristischen Kämpfer in zwei Phasen erfasst werden müsse: bevor diese Personen ihr Heimatland verlassen und nach ihrer Rückkehr dorthin. Die Direktorin der Rechtsabteilung des jordanischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und für die im Ausland lebenden Staatsbürger T. Rakkad wies darauf hin, dass das Problem der ausländischen terroristischen Kämpfer nicht neu sei. Anhand der Erfahrungen Jordaniens als Land, das weltweit die meisten Flüchtlinge beherbergt, erläuterte sie die Entwicklung eines fortschrittlichen Grenzkontrollsystems und die Einrichtung eines eigenen „Friedenszentrums“ im Innenministerium durch die jordanische Regierung, das psychologische, medizinische und soziale Unterstützung für Angehörige von

ausländischen terroristischen Kämpfern anbiete. Das Zentrum bemühe sich um die Wiedereingliederung dieser Personen in die Arbeitswelt und die Förderung eines nicht-radikalen Islams. A. Sojati, Direktor des albanischen Koordinierungszentrums für den Kampf gegen gewalttätigen Extremismus (das 2018 gegründet wurde, um die Arbeit von sieben Ministerien zu koordinieren), legte den Schwerpunkt insbesondere auf Frauen und Kinder und beschrieb die enge Zusammenarbeit der Regierung seines Landes mit Lehrern, Sozialarbeitern und lokalen Behörden. Der Exekutivsekretär des in Malta angesiedelten Internationalen Instituts für Justiz und Rechtsstaatlichkeit T. Wuchte sprach über die Initiativen des Instituts, darunter die Ausarbeitung eines Leitfadens für den Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern und die Veranstaltung von Schulungskursen für Parlamentarier und Angehörige der Rechtsberufen. Die Delegationen sowohl der Mittelmeer-Kooperationspartner als auch der Teilnehmerstaaten der OSZE, die sich an der folgenden Diskussion beteiligten, bekräftigten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Abwehr der Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer.

Am 7. und 8. Juni 2019 lud Malta gemeinsam mit dem albanischen Vorsitz zu einer Botschafterklausur in Valletta ein, auf der Bilanz über die Mittelmeerpartnerschaft anlässlich ihres 25. Jahrestags gezogen werden sollte. Der Ständige Vertreter Albaniens bei der OSZE und Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe S. E. I. Hasani betonte in seiner Eröffnungsrede, wie sehr die Partnerschaft angesichts der stürmischen Zeiten für Europa und den Mittelmeerraum und der zunehmenden Sicherheitsbedrohung durch nichtstaatliche Akteure an Bedeutung gewonnen habe. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Förderung des Handels von Malta S. E. C. Abela, der im Namen des Gastgeberlands das Wort ergriff, machte geltend, dass man bei der Befassung mit Bereichen wie Migration, Menschhandel und -schmuggel handlungsorientiert vorgehen müsse. Als einer der Hauptreferenten warf S. E. O. A. Youssef, Ständiger Vertreter der Arabischen Republik Ägypten bei der OSZE, ein Schlaglicht auf die Wechselbeziehung zwischen den Sicherheitsfragen im Mittelmeer einerseits und im OSZE-Raum andererseits, insbesondere im gemeinsamen Kampf gegen transnationale terroristische Netzwerke. Bei einer anderen Arbeitssitzung wies die Ständige Vertreterin Israels bei der OSZE I. E. T. L. Fresher auf die zahlreichen Chancen zur Verstärkung der Beziehungen zwischen den Mittelmeerländern hin. S. E. P. Bekkers, Direktor des Büros des Generalsekretärs im OSZE-Sekretariat, erinnerte daran, wie sehr sich die Mittelmeerpartnerschaft seit ihren Anfängen weiterentwickelt habe, und beschrieb mögliche neue Wege einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnerländern. Alle Klausurteilnehmer waren sich über die Bedeutung der Mittelmeerpartnerschaft und die Notwendigkeit ihrer Anpassung an neue Herausforderungen und Bedrohungen einig. Es wurden unter anderem Forderungen nach einem stärkeren Engagement, einem regelmäßigeren Informationsaustausch, verbesserten Möglichkeiten zur Mitwirkung, der Aufhebung der Beschränkung von OSZE-Aktivitäten auf den OSZE-Raum, der Entwicklung auf mehrere Jahre ausgelegter Strategien, einer Erhöhung der Zahl an Aktivitäten und einer Aufstockung des Haushalts für den Partnerschaftsfond laut. Außerdem wurde der Vorschlag erörtert, die Gruppe von „Mittelmeer-Kontaktgruppe“ in „Mittelmeerpartnerschaftsgruppe“ umzubenennen, um die Bedeutung der Partnerschaft zu unterstreichen.

Das dritte Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe fand am 18. Juni 2019 statt und war dem Themenkreis der Stärkung der wirtschaftlichen Konnektivität im Mittelmeerraum gewidmet. Der Ständige Vertreter Albaniens bei der OSZE und Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe S. E. I. Hasani unterstrich zur Eröffnung des Treffens die direkte Wechselwirkung zwischen der Ermöglichung regulärer, berechenbarer und transparenter Handelsbeziehungen einerseits und Frieden und Sicherheit andererseits. S. E. E. Xhafaj,

stellvertretender Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten Albaniens, wies darauf hin, dass das Fehlen wirtschaftlicher Chancen und trübe Zukunftsaussichten wirkmächtige Unsicherheits- und Destabilisierungsfaktoren darstellten. Bürokratische Verfahren an Grenzübergängen behinderten den internationalen Handel, hielten von Auslandsinvestitionen ab, machten Handelstransaktionen kostspielig und führten zu Verzögerungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Er begrüßte die Bemühungen der OSZE um die Verbreitung und Umsetzung vorbildlicher Verfahren und Standards. M. M. Mhammed, Direktor für handelspolitische Schutzmaßnahmen und rechtliche Angelegenheiten beim Sekretariat des Agadir-Abkommens, stellte das Freihandelsabkommen zwischen den arabischen Mittelmeerländern (Agadir-Abkommen) vor, das im Rahmen der Erklärung von Barcelona von 1995 entwickelt wurde und von der Europäischen Union unterstützt wird. Die Vorträge waren Ausgangspunkt einer lebhaften und fruchtbaren Aussprache unter den teilnehmenden Delegationen. Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum und die OSZE-Teilnehmerstaaten waren sich einig, dass regionale und subregionale Integrationsprozesse und -vereinbarungen wichtige Impulsgeber für die Entwicklung von Handel und Wirtschaft im OSZE-Raum und seinem Umkreis sein können, waren sich aber gleichzeitig der Notwendigkeit bewusst, ihre Zusammenarbeit und ihr Engagement zu verstärken und weiterhin vorbildliche Verfahren auszutauschen. Das Treffen umfasste auch einen Vortrag zu einem neuen Projektvorschlag mit dem Titel *Climate and Environment Security Threats in the Mediterranean*, einer gemeinsamen Initiative der Union für den Mittelmeerraum und der OSZE. S. E. V. Žugić, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, erläuterte, das Hauptziel des Projekts bestehe in der Erleichterung des Austauschs von Erfahrungen und vorbildlichen Verfahren mit den Mittelmeerpartnern. Der stellvertretende Generalsekretär für Energie- und Klimapolitik der Union für den Mittelmeerraum J. Borrego betonte, dass Letztere großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der OSZE an konkreten Projekten sowie an einer Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit und des regionalen Dialogs habe.

Das vierte Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe fand am 23. Juli 2019 statt und befasste sich mit dem Thema „Die gemeinsame Sicherheit im OSZE- und Mittelmeerraum stärken – die Rolle des interreligiösen und interkulturellen Dialogs“. Der Botschafter Albaniens in Österreich S. E. R. Bimo betonte das Bekenntnis seines Landes zu religiöser Vielfalt, Freiheit und Toleranz. Albanien habe eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, mit denen falsche Vorstellungen über religiöse Bekenntnisse zerstreut und der Austausch und Dialog zwischen den Religionen gefördert werden sollten. Nachdem er auf einige Pilotprojekte aus dem Bildungsbereich eingegangen war, verwies er auf die Entschlossenheit Albaniens bei der Bekämpfung gewalttätiger Radikalisierung, die sich auf religiöse Motive beruft. Schuld an solchen Radikalisierungsprozessen seien der Missbrauch und die Fehlinterpretation von Religionen. S. E. M. Kazem, stellvertretender Staatssekretär für interkonfessionellen und interkulturellen Dialog im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Ägyptens, ging auf die Herausforderungen ein, die sich aufgrund falscher Wahrnehmungen und Botschaften betreffend religiöse Prinzipien und Bekenntnisse stellten. Bildung spiele bei der Bewältigung dieser Herausforderungen eine entscheidende Rolle. Er rief zu einer weniger voreingenommenen Berichterstattung in den Medien auf und betonte, wer andere zur Gewalt anstachle oder selbst Gewalttaten verübe, könne niemals auf Toleranz im Namen der Religionsfreiheit zählen. Hochwürden N. Haddad, Gründer und Leiter des *Jordanian Interfaith Coexistence Research Centre*, sprach über das jordanische Modell der religiösen Koexistenz. Es sei wichtig, dem Dialog zwischen den Religionen bei der Allgemeinheit zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen, was insbesondere durch Projekte auf Ebene kommunaler Gemeinschaften erreicht werden könne. K. Gardapkhadze, erste stellvertretende Direktorin des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), warf ein

Schlaglicht auf die Verpflichtungen und Mandate der OSZE im Zusammenhang mit der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Nach den Vorträgen ergriffen mehrere Delegationen das Wort. Sie betonten die unverminderte Bedeutung des interreligiösen Dialogs als einer Kraft für den Frieden und warnten vor dem Trugschluss, irgendeine bestimmte Religion mit Terrorismus in Verbindung zu bringen. Unter den Delegationen herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass Religion Teil der Lösung für viele der Herausforderungen sei, denen die Länder des Mittelmeerraums gegenüberstehen, so auch bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Verhütung internationaler Konflikte.

Das fünfte Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe fand am 7. Oktober 2019 statt und war dem Thema der Digitalisierung und der Energiezukunft gewidmet. Eröffnet wurde das Treffen von Gj. Simaku, Generaldirektor für Energie- und Industrieentwicklungspolitik im albanischen Ministerium für Infrastruktur und Energie, und S. E. O. A. Youssef, Ständiger Vertreter der Arabischen Republik Ägypten bei der OSZE. Beide unterstrichen die Rolle von Innovation und Weiterentwicklung im Energiesektor für die Gewährleistung der Energiesicherheit. Mit konkreten Beispielen aus den nationalen Energiestrategien ihrer jeweiligen Länder führten sie vor Augen, dass der Energiebereich als Katalysator für die Zusammenarbeit wirken kann. M. Mekerba, IT-Entwicklungsbeauftragter bei der Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC), wies auf die Vorreiterrolle der OPEC in der Energiebranche hin und betonte die Bedeutung der Digitalisierung für die Energieproduktion. Ein wirksamer Technologietransfer und eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Mittelmeerraums seien von wesentlicher Bedeutung. Es sei aber auch zu bedenken, dass die Digitalisierung in der Energiebranche nicht nur positive, sondern auch negative Auswirkungen mit sich gebracht habe. Der geschäftsführende Vizepräsident des *Istituto Affari Internazionali* in Rom E. Greco betonte die Notwendigkeit der Förderung des politischen Dialogs und der regionalen Zusammenarbeit im Energiesektor sowie des Schutzes der Energieinfrastruktur. Der südliche Mittelmeerraum werde in naher Zukunft zu einer Energiedrehscheibe werden. Infolge des Bevölkerungswachstums und der Verstärkung werde der Energieverbrauch in der Region Prognosen zufolge gewaltig ansteigen. Dadurch entstehe im Energiesektor das Risiko eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Ganz wie sein Vorredner ging Greco sowohl auf die Vorteile als auch die Nachteile der Digitalisierung im Energiebereich ein. Die Delegationen, die sich zu Wort meldeten, beschrieben die Chancen, die ihre Länder im schnelllebigen Bereich der Digitalisierung des Energiesektors zu ergreifen versuchen, erörterten die Möglichkeit des Übergangs zu nachhaltigen Energiequellen und gaben einen Einblick in ihre vorbildlichen Verfahren betreffend alternative Energieressourcen.

Die OSZE-Mittelmeerkonferenz 2019 wurde vom albanischen Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe organisiert und am 24. und 25. Oktober in Tirana abgehalten. Sie stand unter dem Motto „Die Mittelmeer-Kontaktgruppe wird 25: Erfolge, Herausforderungen und Zukunftschancen für die Partnerschaft“. Die Konferenz wurde von mehreren Außenministern und stellvertretenden Außenministern sowie mehr als 250 Vertretern der Kooperationspartner im Mittelmeerraum, der OSZE-Teilnehmerstaaten, der OSZE-Institutionen, internationaler Organisationen, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Medien besucht. Eröffnet wurde die Konferenz von S. E. G. Cakaj, geschäftsführender Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten Albaniens, L. Parížek, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik, I. E. M. Sereni, stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Italien, und S. E. N. Kamel, Generalsekretär der Union für den Mittelmeerraum. Auf der Konferenz wurden Möglichkeiten zur Verstärkung der Zusammenarbeit und zur Förderung der gemeinsamen Sicherheit

im Mittelmeerraum erörtert. Sie begann mit einem politischen Segment auf hoher Ebene mit Schwerpunkt darauf, was in der Beziehung zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern im Mittelmeerraum bereits gelungen ist und was dabei noch fehlt. S. E. E. G. Cakaj betonte die wesentliche Bedeutung der Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern im Mittelmeerraum für die Gewährleistung eines sicheren Umfelds für die Bürger aller Mittelmeerländer und die Erwirtschaftung von Wohlstand in der gesamten Region. Auf das politische Segment folgten drei Arbeitssitzungen, die alle drei Dimensionen der Tätigkeit der OSZE abdeckten. Die erste Sitzung befasste sich mit dem Thema „Gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen – bewährte Verfahren, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven“. Der Schwerpunkt der zweiten Sitzung lautete „Förderung der Mitsprache und Einbindung von Jugendlichen im Interesse der Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“. Die dritte Sitzung stand unter dem Titel „Brücken schlagen zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers – die Rolle von Konnektivität, Digitalisierung, nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaftswachstum bei der Förderung der gemeinsamen Sicherheit im Mittelmeerraum“. In seinen abschließenden Worten gelobte S. E. E. G. Cakaj, dass Albanien sich 2020 für eine weitergehende Konsultation der Partner im Mittelmeerraum einsetzen werde, und S. E. T. Greminger, Generalsekretär der OSZE, betonte, den Partnern im Mittelmeerraum komme bei der Bestimmung des künftigen Tempos und Kurses ihrer Zusammenarbeit mit der OSZE eine wesentliche Rolle zu.

Das sechste und letzte Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe fand am 25. November 2019 statt und befasste sich in erster Linie mit Cybersicherheitsvorfällen mit potenziell negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Staaten. In seiner Eröffnung gelobte A. Stastoli, Geschäftsträger Albaniens bei der OSZE und Vorsitzender der Mittelmeer-Kontaktgruppe, dass die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum während des albanischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2020 weiterhin Priorität haben werde. Er kam auch auf die Bedeutung der Kontinuität bei den Erörterungen über Cybersicherheit zu sprechen – ein Thema von gemeinsamem Interesse – sowie auf die Möglichkeit, die Partner im Mittelmeerraum in das OSZE-Netz der im Einklang mit der vertrauensbildenden Maßnahme (VBM) Nr. 8 gemäß Beschluss Nr. 1106 des Ständigen Rates (PC.DEC/1106) bestimmten Kontaktstellen einzubinden. Erster Hauptreferent war der neu ernannte Ständige Vertreter Israels bei der OSZE, S. E. M. Rodgold, der die Cybersicherheitspolitik und -strategie seines Landes präsentierte. S. E. K. Dán, Ständiger Vertreter Ungarns bei der OSZE und Vorsitzender der gemäß dem Beschluss Nr. 1039 des Ständigen Rates eingerichteten informellen Arbeitsgruppe, sprach über die Arbeit dieser Gruppe, darunter die Entwicklung von VBM. Er beabsichtige die Einrichtung regelmäßiger Absprachen Konsultationen mit der Mittelmeer-Kontaktgruppe und wolle die Hauptstädte der Partner im Mittelmeerraum persönlich besuchen, um die neu entwickelten VBM vorzustellen. S. Tóth, Referentin für Cybersicherheit in der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE, präsentierte die Schlussfolgerungen und Erkenntnisse aus dem Ausbildungskurs zum Thema der Verbesserung der Cyberstabilität und -zusammenarbeit im Mittelmeerraum, der im Februar in Athen abgehalten wurde. Als wichtigste Schlussfolgerung habe sich ergeben, dass der Zeitpunkt gerade besonders günstig sei, um die Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern im Mittelmeerraum zu verstärken. Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen beabsichtige, die Mittelmeerpartner auch weiterhin in ihre Aktivitäten einzubinden, und werde in naher Zukunft eine Reihe von Workshops organisieren, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und die VBM mit Cybersicherheitsbezug stärker ins Bewusstsein zu rücken. Tóth sprach auch die Möglichkeit an, das bereits erwähnte OSZE-Netz an Kontaktstellen auf die Mittelmeerpartner auszudehnen. J. Przewoźniak,

Gesandter der Ständigen Vertretung Polens bei der OSZE, berichtete vom Treffen der Arbeitsgruppe Cybersicherheit nach dem Warschauer Prozess, das im Oktober in Seoul stattgefunden hatte. Bei dem Treffen seien Möglichkeiten der Reaktion auf schwerwiegende Cybervorfälle sondiert worden; eine dieser Möglichkeiten sei die Benennung von Kontaktstellen für Cybersicherheit. Die Arbeitsgruppe habe die Bedeutung der interregionalen Zusammenarbeit anerkannt. Die Delegationen der meisten Mittelmeerpartner begrüßten in ihren Wortmeldungen die Vorschläge für eine stärkere Zusammenarbeit und boten Einblick in ihre eigenen Aktivitäten und Strategien auf dem Gebiet der Cybersicherheit.

Der albanische Vorsitz der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum sprach allen Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und den OSZE-Teilnehmerstaaten seinen aufrichtigen Dank für ihr Engagement und ihre konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Mittelmeerpartnerschaft aus. Albanien wünscht dem designierten Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe allen erdenklichen Erfolg. Aus Sicht Albaniens ist es wichtig, den fruchtbaren Austausch mit den Partnern im Mittelmeerraum fortzuführen – sowohl bei Treffen in Wien als auch im Rahmen der jährlichen Mittelmeerkonferenz der OSZE –, wobei der Schwerpunkt auf Themen liegen soll, an denen sowohl die OSZE als auch die Partner in den vergangenen Jahren starkes Interesse bekundet haben und die allen Aspekten eines umfassenden Sicherheitsansatzes Rechnung tragen.